

Institut Universitaire

Kurt Bösch

in collaboration with

Les Heures	Universidad de Murcia
Universitat de Barcelona	Fern Universität Hagen
Katholieke Universiteit Leuven	Université René Descartes Paris 5
Universtié du Luxemburg	Université Lumière Lyon 2
Universit� de Lusofona	Centro Studi e Ricerche sulla Famiglia
Universit� Cattolica del Sacro Cuore	Facolt� di Psicologia
Milano	

Die Einführung der Mediation in der (Deutsch)Schweiz

Widerstand und Chance

Master's paper presented in order to obtain
the European Masters in Mediation 6th course – 2006 / 2007

Tutor
Johan Deklerck

Presented by
Patricia Hasler-Arana

Sion, June 2007

An erster Stelle möchte ich allen Personen danken, die sich bereit erklärten, beim Interview mitzumachen. Dank Ihnen kommt dieser Arbeit eine besondere Bedeutung zu.

Danken möchte ich auch meinem Tutor, Johan Deklerck, und meinem Mann, Jakob Hasler, für ihre Unterstützung. So auch Sabrina Antoniotti, für ihre Hilfe bei der Korrektur.

INHALTSVERZEICHNIS

1	Abstract	7
2	Einleitung	8
2.1	Ausgangslage	8
2.2	Motivation.....	9
2.3	Fragestellung	9
2.4	Vorgehensweise	10
3	Theoretischer Teil	14
3.1	Einführung.....	14
3.2	Der sozialpsychologische Ansatz zur Resistenz gegenüber dem Wechsel	15
3.2.1	Die persönlichen Einstellungen aus dem Sozialisationsprozess	15
3.2.2	Die Theorie der Reaktanz	16
3.2.3	Grundbedürfnisse des Menschen	17
3.2.4	Die Wahrnehmung kommunikativer Fähigkeiten	18
3.2.5	Strategien zur Beeinflussung von Einstellungen.....	19
3.2.5.1	Einstellungsänderung durch Überredung	19
3.2.5.2	Einstellungsänderung durch Erzeugung kognitiver Dissonanz.....	20
3.2.5.3	Beeinflussung durch gruppendynamische Massnahmen	21
3.2.5.4	Verhaltensbeeinflussung durch finanzielle Anreize oder juristische Sanktionen	22
3.2.6	Zusammenfassung	24
3.3	Analyse der vorhandenen Rahmenbedingungen	24
3.3.1	Der sozialpolitische Aspekt in der Schweiz.....	24
3.3.1.1	Begriffsklärung und Grundsätze	24
3.3.1.2	Aktuelles über die gesetzliche Verankerung der Mediation in der Schweiz	26
3.3.1.3	Ausblick.....	28
3.3.2	Ein Vergleich mit anderen Europäischen Ländern.....	28

3.3.2.1	Ein buntes Mosaik in ständigem Wechsel	28
3.3.2.2	Die Empfehlungen des Europäischen Konzils	29
3.3.2.3	Der schweizerische Weg.....	30
3.3.3	Die Rolle der Medien in der Einführung der Mediation	31
3.3.3.1	Einflussfaktoren in der Berichterstattung	31
3.3.3.2	Kriterien für Medien im Umgang mit Konflikten	33
3.3.3.3	Zwei Beispiele kurz erwähnt: die Flughafenmediation in Zürich und die Mediation bei Swissmetal in Reconvilier	36
3.3.4	Die Rolle von Institutionen.....	38
3.3.4.1	Das Kompetenzzentrum für Mediation und Konfliktmanagement (KPZ)	40
3.3.4.2	Die Sektion Conflict Prevention and Transformation (COPRET) der DEZA	41
3.3.4.3	Der Schweizerische Dachverband Mediation (SDM).....	42
3.3.4.4	Der Schweizerische Verein für Mediation (SVM).....	43
3.3.4.5	Weitere Organisationen	43
3.4	Zusammenfassung des theoretischen Teils	44
4	Empirischer Teil	48
4.1	Einführung.....	48
4.1.1	Methodik	48
4.1.2	Verknüpfung zur Fragestellung	48
4.1.3	Zahl und Wahl der Interviewpersonen	49
4.1.4	Die verschiedenen Ebenen	49
4.2	Aussagen aus der Makro-Ebene Politik	51
4.2.1	Zur aktuellen Entwicklung	51
4.2.1.1	Zur allgemeinen Einführung der Mediation	51
4.2.1.2	Im zivil- und strafrechtlichen Bereich	52
4.2.1.3	In weiteren Anwendungsbereichen.....	53
4.2.1.4	In Bezug auf den Markt.....	54
4.2.2	Betreffend Einführungsvorschlägen	54
4.2.2.1	Veranstaltungen und Weiterbildungsangebote.....	55
4.2.2.2	Bestehende Infrastrukturen.....	55
4.2.2.3	Öffentlichkeitsarbeit.....	56

4.2.2.4	Die Finanzierung	56
4.3	Aussagen aus der Meso-Ebene Organisationen.....	56
4.3.1	Zur aktuellen Entwicklung	56
4.3.1.1	Zur allgemeinen Einführung der Mediation	57
4.3.1.2	Im zivil- und strafrechtlichen Bereich	58
4.3.1.3	In weiteren Anwendungsbereichen.....	60
4.3.1.4	In Bezug auf den Markt	61
4.3.2	Betreffend Einführungsvorschlägen	62
4.3.2.1	Veranstaltungen / Weiterbildungsangebote	62
4.3.2.2	Bestehende Infrastrukturen.....	63
4.3.2.3	Öffentlichkeitsarbeit.....	63
4.3.2.4	Die Finanzierung	65
4.4	Aussagen aus der Mikro-Ebene Dienststellen für Mediation	65
4.4.1	Zur aktuellen Entwicklung	65
4.4.1.1	Zur allgemeinen Einführung.....	65
4.4.1.2	In weiteren Anwendungsbereichen.....	66
4.4.1.3	Zur Öffentlichkeitsarbeit	67
4.4.1.4	Zur Finanzierung	68
4.4.2	Betreffend Einführungsvorschlägen	69
4.4.2.1	Zur allgemeinen Einführung der Mediation	69
4.4.2.2	Bestehende Infrastrukturen.....	70
4.4.2.3	Öffentlichkeitsarbeit.....	70
4.4.2.4	Finanzierung.....	71
4.5	Gegenüberstellung von drei Projekten in Europa.....	71
4.5.1	GEUZ (Bilbao), Me.Dia.Re. (Turin) und dime (Bern)	71
4.5.2	Schlussfolgerungen aus der Gegenüberstellung	72
4.6	Zusammenfassung des empirischen Teils	73
5	Schlussfolgerungen und Empfehlungen.....	76
5.1	Einführung.....	76
5.1.1	Ein Ackerfeld zur Frühlingszeit.....	77
5.2	Wie erklärt sich der Widerstand bei der Einführung einer Methodik, die so viel versprechend erscheint?	77
5.2.1	Prozess- und Haltungsebene in der Mediation	77

5.2.2	Die heutige Lage in der (Deutsch)Schweiz.....	78
5.3	Unter welchen Umständen hätte Mediation eine (grössere) Chance?.....	80
5.3.1	Die Vorgehensweise.....	80
5.3.2	Ausblick	81
5.4	Wie kann die Kultur der Mediation in der deutschweizerischen Gesellschaft verbreitet werden?	82
5.4.1	Eine Empfehlung	82
5.4.2	Weitere Erkenntnisse	85
5.5	Zusatzantwort auf eine Zusatzfrage: Welche Chance könnte der Widerstand bei der Einführung der Mediation in sich bergen?	85
5.5.1	Gegenüberstellung verschiedener Ansichten	85
5.5.2	Die Klärung	86
5.5.3	Ethos hier und anderswo.....	86
5.5.4	Die eigentliche Chance.....	87
6	Bibliographie	90
7	Anhang.....	94

1 Abstract

This master's paper allows a view on the complex interaction between various factors during the implementation of Mediation in the German speaking Part of Switzerland. The resistance observed is, in a first step, being explained by learning and psychosocial theories. In a second step, the role of politics, media and organisations in their way of dealing with this subject is being exposed. The international context is also considered. The interviews done with each three key persons on the macro (politics), meso (institutions) and micro level (service centres for Mediation) provide relevant and valuable information which is then used in order to work out recommendations about how to deal with this topic.

Diese Arbeit gibt Einblick in das komplexe Ineinanderwirken verschiedener Faktoren bei der Einführung der Mediation in der Deutschen Schweiz. Der beobachtete Widerstand wird zuerst anhand von Lern- und der sozialpsychologischen Theorien erklärt. Anschliessend werden die Rollen der Politik, der Medien und der Organisationen in ihrem bisherigen Umgang mit dem Thema dargelegt. Ein internationaler Vergleich ist ansatzweise gewährleistet. Die durchgeführten Interviews mit je drei Schlüsselpersonen aus den Makro-, Meso- und Mikrobereichen Politik, Organisationen und Dienststellen für Mediation (diese letzten aus drei verschiedenen Ländern Europas) ermöglichen den Zugang zu wertvoller Information, die als Grundlage für die am Schluss erarbeitete Empfehlung dient.

Keywords / Schlüsselwörter

- Resistance, implementation, reactance, chance, framework, politic, media, organisations, strategic
- Widerstand, Einführung, Reaktanz, Chance, Rahmenbedingungen, Politik, Medien, Organisationen, Strategie

2 Einleitung

2.1 Ausgangslage

In den letzten 10 Jahren haben eine grosse Anzahl Mediatoren und Mediatorinnen ihre Ausbildung an Fachhochschulen oder Weiterbildungsinstituten in der Schweiz abgeschlossen. Viele Projekte wurden gestartet, Fachleute kamen zusammen und boten Workshops und Einführungskurse an mit dem Ziel, eine neue Kultur im Umgang mit Konflikten in verschiedenen Bereichen zu etablieren: in der Schule, am Arbeitsplatz, in den Familien, in den Wohngemeinden, aber auch im Umweltbereich, in und zwischen Organisationen, in der Verwaltung und in der Politik, in internationalen Konflikten, usw. Mediation als Instrument zur Konfliktlösung bietet in allen diesen Anwendungsfeldern einen alternativen Ansatz, der alle Beteiligten eines Konfliktes partizipieren und bei der Klärung von Anliegen und der Erarbeitung von Lösungsoptionen ihren Beitrag leisten lässt. Die Methodik der Mediation erlaubt eine unbürokratische Aufnahme und Bearbeitung des Konfliktes. Somit können - im Vergleich etwa zu juristischen und therapeutischen Ansätzen - Zeit und Geld gespart werden, vor allem wenn der Tatsache Rechnung getragen wird, dass nicht jeder Konflikt – obwohl hinderlich und schmerzhaft– juristische oder therapeutische Massnahmen erfordert. Nichtsdestotrotz gestaltet sich die Implementierung der Mediation in unserer Gesellschaft sehr schwierig¹. Diese harzige Entwicklung wird vor allem in der Deutschschweiz beobachtet. Die skeptischen Reaktionen von Schlüsselpersonen in den verschiedenen Bereichen zeugen davon. Es fällt ihnen immer noch schwer, sich für die Durchführung oder Empfehlung einer Mediation einzusetzen. Die betroffenen Parteien reagieren da nicht viel anders und dies, obwohl es an Konflikten wahrlich nicht mangelt.²

¹ Duss-von Werdt, Joseph, *Homo Mediator*, Klett-Cotta, Stuttgart 2005, S. 13

² Wird die Migrationentwicklung der letzten Jahren hierzulande als Beispiel genommen, zeigt sich auf allen Lebensbereichen eine gesteigerte Tendenz zur Bildung von Konflikten mit multikulturellen Erklärungsmustern. Die Bevölkerung der Schweiz sieht sich mit Fragen konfrontiert, welchen sie nicht gewachsen ist. Das Zusammenarbeiten und –leben ist für viele, sowohl Einheimische wie auch Ausländer, eine Überforderung. Die Zahl der Auseinandersetzungen und Reibungspunkten wächst, die nicht selten in offenen Konflikten enden. Die kulturellen Divergenzen sind einer der am meisten genannten Gründe, warum Konflikte überhaupt entstehen. Gemeint wird dann auch die Art, wie Konflikte ausgetragen werden. Die Schweizer Bevölkerung bemängelt, dass die Einwanderer zwar hier leben und von den Infrastrukturen in der Schweiz profitieren, sich aber kaum mit der Schweizer Lebensart

2.2 Motivation

Die Autorin wuchs in Lima-Perú auf und lebt seit 1977 in der Deutschschweiz, hauptsächlich im Kanton Bern. Sie studierte hier Sozialpädagogik und Sozialarbeit und hat ein vom Schweizerischen Dachverband Mediation anerkanntes Zertifikat als Mediatorin.

Seit Juni 2006 ist sie zusammen mit drei weiteren Fachpersonen Gründungsmitglied des Vereins **dime** – **Dienststelle für Mediation**, einem Verein mit Sitz im Kanton Bern, Schweiz. Grundanliegen des Vereins ist u. a. die Förderung der Mediation als Konfliktlösungsansatz, die Verbreitung der mediativen Haltung zur Verbesserung der Konfliktkultur und die finanzielle Unterstützung von Konfliktparteien ohne oder mit bescheidenen finanziellen Ressourcen, damit diesen der Zugang zur Mediation ermöglicht wird.

Die bisherigen Anfragen sind eher rar. Erkenntnisse aus dieser Arbeit sollen dazu dienen, die Faktoren zu ermitteln, welche massgeblich an der Bildung von Widerstand bei der Einführung von Mediation beteiligt sind. Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen möchte der Verein **dime** nutzen, um die Verbreitung von Mediation voranzutreiben und um anderen Stellen diese Erkenntnisse zugänglich zu machen.

2.3 Fragestellung

Am Anfang der Erarbeitung dieser Thesis stand die Frage in Mittelpunkt, ob die Parteien ihre Konflikte wirklich beenden wollen, da das Angebot an Mediation nur zögernd in Anspruch genommen wird. Diese geschlossene Frage wurde erst einmal mit der Frage nach den möglichen Verweigerungsgründen der Konfliktparteien und der Schlüsselpersonen erweitert. Parallel dazu drängte sich die Frage auf, ob diese Verweigerung zur Einführung der Mediation

auseinandersetzen, geschweige dann sich integrieren lassen. Oft vergessen in diesem Diskurs bleibt die Tatsache, dass der Integrationsprozess eine gegenseitige Angelegenheit ist. Mediation kann gerade im Umgang mit kulturellen Unterschieden ein wichtiges Instrument werden. Wie keine andere Konfliktlösungsmethode zielt Mediation auf die Mitwirkung der Konfliktbeteiligten und deren Stärkung, damit ein gemeinsamer Weg unter Berücksichtigung der Individualität jeder Partei gefunden werden kann. In der Realität jedoch wird Mediation als Lösungsansatz kaum wahrgenommen und entsprechend wenig angewendet.

eventuell irgendwelche Chancen in sich bergen könnte.

Erst beim Bearbeiten der Literatur entstand dann die eigentliche Fragestellung dieser Arbeit:

- Wie erklärt sich der Widerstand gegen die Einführung einer Methodik, die so viel versprechend erscheint?
- Unter welchen Umständen hätte Mediation eine Chance?
- Wie kann die Kultur der Mediation in der deutschschweizerischen Gesellschaft verbreitet werden?

Obwohl es wünschenswert ist, dass die Einführung der Mediation landesweit besser vorangetrieben werden könnte, so betrifft der hier thematisierte Widerstand vor allem – jedoch nicht ausschliesslich – die Situation in der Deutschschweiz und konkreter im Kanton Bern. Es ist nicht möglich, eine genaue Abgrenzung durchzuführen. Dies erscheint auch nicht nötig zu sein, ausser da wo spezifische regionalen Faktoren eine Erklärung zum Widerstand liefern könnten. Ausserdem gibt es sowohl Parallelen mit der Situation in anderen Kantonen, sowie auch grosse Unterschiede. Die Autorin geht aus den im Kanton Bern gemachten Beobachtungen aus. Zweck der oben formulierten Fragestellung ist, wo möglich einen Beitrag zur Implementierung der Mediation im Kanton Bern und sonst wo in der Schweiz leisten zu können. Die einzelnen Akteure vor Ort sollen sagen können, ob und was sie davon gebrauchen können.

2.4 Vorgehensweise

Die Arbeit ist in einen theoretischen und in einen empirischen Teil aufgeteilt. Den Abschluss bilden dann die Schlussfolgerungen und eine Empfehlung zur weiteren Vorgehensweise.

Im theoretischen Teil wird zuerst mit Hilfe von sozialpsychologischen Ansätzen der Widerstand des Menschen gegenüber Veränderungen im allgemeinen ergründet. Angefangen mit der Beschreibung vom individuellen Erwerb der eigenen Einstellungen im Sozialisierungsprozess wird dann anhand der Theorie der Reaktanz von J.W. Brehm (1977) erläutert, wie der Mensch auf Neues

reagiert, das von aussen her bestimmt wird. Diese Erklärung erscheint besonders wichtig in Zusammenhang mit der bisher beobachteten Reaktion der Menschen bei der Einführung der Mediation in der Deutschschweiz.

Gestützt auf die Bedürfnispyramide von Maslow (1970) werden weitere Grundbedürfnisse der Menschen erwähnt, die es in zwischenmenschlichen Interaktionen zu berücksichtigen gilt, wenn ein gegenseitig gewinnbringender Austausch das Ziel ist. Dieser Perspektivenwechsel ermöglicht das Einbeziehen weiterer Faktoren, die die Umstände begünstigen sollen, unter denen Mediation eingeführt werden kann. Die Bedeutung der Entwicklung von kommunikativen Fähigkeiten, wie von Watzlawick (2003) und Schulz von Thun (1981) beschrieben, wird dabei festgehalten.

Durch die von Wellhöfer (1988) zusammengestellten sozialpsychologischen Ansätze stehen Strategien zur Verfügung, die bei der Herausführung von Menschen aus ihren festgefassten Einstellungen helfen können. Überredung und Erzeugung von Dissonanz sind zwei davon. Bei letzterer werden Parallelen zu den Empfehlungen von William Ury (1993) im Umgang mit schwierigen Verhandlungspartnern gezogen. Die Betrachtung von gruppenspezifischen Abläufen ermöglicht dann einen Einblick in kontextuelle Prozesse, was wiederum bei der Einführung der Kultur der Mediation in der Deutschschweiz von spezifischer Bedeutung sein kann. Ebenfalls erwähnt wird die Schaffung von finanziellen Anreizen und juristischen Sanktionen als weitere Strategie zur Verhaltensänderung - eine Vorgehensweise, die im demokratischen Kontext nicht ohne Grenzen funktioniert.

Weiter werden die vorhandenen Rahmenbedingungen untersucht. Der sozialpolitische Aspekt in der Schweiz wird auf seine Rolle bei der Förderung bzw. bei der Hinderung von Mediation hin erklärt. Die aktuelle Entwicklung beim Versuch einer gesetzlichen Verankerung der Mediation in der neuen Straf- und Zivilprozessordnung wird bis zur Fertigstellung dieser Arbeit verfolgt und dargestellt. Ein Vergleich mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen in anderen Europäischen Ländern ermöglicht eine Erweiterung der hierzulande vorhandenen Perspektive. Die Empfehlungen durch das Europäische Konzil,

bei welchem die Schweiz seit 1963 Mitglied ist, werden hier aufgenommen. Danach wird die Art und Weise dargestellt, wie in der Schweiz häufig neue Gesetze geschaffen werden.

Die Rolle der Medien im allgemeinen Umgang mit Konflikten wird hinterfragt. Die durch die Globalisierung und technische Veränderungen neu verursachten Herausforderungen für die Journalisten werden einer erhöhten Anforderung an Ethik und Hinterfragung der Zweckbestimmung einer Nachricht gegenübergestellt. Galtungs Begriff der pro-aktiven Berichterstattung gegenüber einer re-aktiven Presse wird erläutert. Der Link zur mediativen Haltung wird hergestellt. Als Beispiele zur aktuellen Situation der Berichtserstattung in der Schweiz dienen die Fälle der Flughafen-Mediation in Zürich und der Mediation bei Swissmetal in Reconvilier.

Abschliessend wird die Rolle von Institutionen, die mit Mediation und deren Verbreitung zu tun haben bzw. haben könnten, untersucht. So wird das Angebot von zwei Ausbildungsstätten, dem Kompetenzzentrum für Mediation und Konfliktbearbeitung (KPZ) und dem CO.PRE.T (Conflict, Prevention and Transformation, Sektion der DEZA – Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit) anhand deren Dokumentation beschrieben. Weitere Organisationen sind der Schweizerische Dachverband Mediation (SDM) und der Schweizerische Verein für Mediation (SVM). Auch ihre Angebote und Zielsetzungen werden beschrieben. Zentral in der Betrachtung dieser Organisationen ist jedoch die Frage, wie sie ihre Aufgabe bei der Verbreitung von Mediation verstehen.

Die Erkenntnisse aus dem theoretischen Teil werden zusammenfasst dargelegt. Die zu Grunde liegende Literatur stammt aus dem englischen, deutschen und spanischen Sprachraum.

Im empirischen Teil wird mittels halboffener Interviews die Stellungnahme aus verschiedenen Ebenen eingeholt. Ähnlich wie im theoretischen Teil muss hier das Ineinanderspielen dieser Bereiche berücksichtigt werden. Auf der Makroebene werden drei Personen aus der Politik befragt. Die Auswirkung von

Entscheidungen in diesem Bereich ist am grössten, deswegen seine Bezeichnung als Makro-Bereich. Das wird unter anderem in der Kompetenz sichtbar, gesetzliche Rahmenbedingungen zu erstellen und Gelder für die Durchführung von Projekten zu sprechen, oder eben nicht. Entscheidungen in diesem Bereich sind ausserdem wegweisend für die Bevölkerung. Auf der Mesoebene werden drei weitere Personen aus Organisationen interviewt, die mit Mediation als Disziplin zu tun haben. Es handelt sich hier um einen Bereich mittlerer Auswirkung, dem die Entwicklung und Festlegung von Standards der Mediation als Disziplin zusteht. Als Mikroebene werden die eigentlichen Dienststellen für Mediation bezeichnet, wo der direkte Kontakt zu den Konfliktbetroffenen gepflegt wird. Auch hier werden drei Personen befragt.

Vertreterinnen und Vertreter aller dieser Bereiche nehmen Stellung dazu, wie sie die Einführung von Mediation in der Schweiz wahrnehmen und nennen mögliche Gründe für diese Entwicklung. Weiter beantworten sie die Frage, wie ihrer Meinung nach die Einführung der Mediation hierzulande vorangetrieben werden könnte.

Die aus den Interviews gewonnenen Erkenntnisse bilden die Grundlage für die nach den Schlussfolgerungen erstellte Empfehlung, wie Mediation hierzulande konkret eingeführt werden könnte.

Im Anhang befinden sich die transkribierten Interviews, um Leserinnen und Lesern eine eventuelle breitere Nutzung der beinhalteten Aussagen zu ermöglichen.

3 Theoretischer Teil

3.1 Einführung

Unter Berücksichtigung des Umstandes, dass die Gründe für den Widerstand bei der Einführung von Mediation vielschichtig und komplex sind, wird dem sozialpsychologischen Aspekt im theoretischen Teil dieser Arbeit den Vorrang gegeben. Auf dieser Ebene soll erst einmal ergründet werden, welche Faktoren bei einzelnen Menschen im Allgemeinen zum Widerstand führen können. Der Umfang dieser Analyse, wie auch derjenigen der anderen hier behandelten Themen, wird vom vorgegebenen Rahmen der Arbeit bestimmt. Dabei soll jedoch dem Leser die für die Bearbeitung der Fragestellung notwendige Information zugänglich gemacht werden:

- Wie erklärt sich der Widerstand bei der Einführung einer Methodik, die so viel versprechend erscheint?
- Unter welchen Umständen hätte Mediation eine (grössere) Chance?
- Wie kann die Kultur der Mediation in der deutschweizerischen Gesellschaft verbreitet werden?

Gerade diese Komplexität und Vielschichtigkeit macht es notwendig, nicht auf der Mikroebene „Mensch“ stehen zu bleiben, denn dies würde den Kontext, in dem die Einführung der Mediation stattfinden soll, ausblenden. Ausserdem wirken sich sozialpsychologische Aspekte auf Meso- und Makroebene ebenfalls aus. Der Faktor „Mensch“ ist hier ja auch vorhanden. Deswegen werden auf Makroebene die sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der Schweiz auf ihre aktuelle Entwicklung untersucht. Im Vergleich dazu stehen gesetzliche Rahmenbedingungen anderer Länder Europas. Weiter wird die potentielle Rolle der Medien im oben erwähnten Einführungsprozess dargestellt. Abschliessend soll auf der Mesoebene die Rolle von Organisationen angeschaut werden, welche bei der Ausbildung in Mediation und bei der Verbreitung einer Kultur der Mediation in der hiesigen Gesellschaft massgeblich beteiligt sind.

3.2 Der sozialpsychologische Ansatz zur Resistenz gegenüber dem Wechsel

Ausgehend von den Lerntheorien kann der Prozess beschrieben und zum Teil erklärt werden, wie der Mensch zu bestimmten Verhaltensänderungen motiviert werden kann. Vereinfacht gesagt stellen die zwei Hauptrichtungen der Lerntheorien, nämlich die behavioristischen und die kognitiven Theorien, die Grundlagen einer solchen Analyse. Daraus entwickelten sich weitere Erklärungsansätze, wie die kognitiven Theorien der Motivation und die sozialkognitive Theorie³, welche synthetisierende Merkmale aus beiden Hauptrichtungen aufweisen. Es sind jedoch erst die sozialpsychologischen Theorien, die eine Analyse über die Auswirkungen sozialer Interaktionen in eben diesem Lernprozess liefern. Dies ist bei der Erklärung von Widerstand gegenüber Veränderungsprozessen – diese werden ja von und durch Menschen vollzogen - von besonderer Bedeutung (Brehm, 1966)⁴.

3.2.1 Die persönlichen Einstellungen aus dem Sozialisationsprozess

Vordergründig muss erwähnt werden, dass der Mensch über ein Konstrukt vorgefasster Einstellungen verfügt, die er im Laufe seiner Sozialisation zusammengefügt hat⁵. Dazu gehören Meinungen, Haltungen, Vorurteile und Stereotypen u. a. m. Diese Einstellungen haben die Funktion, *„die Umweltreise auf eine verarbeitbare Menge zu reduzieren. Dadurch entlasten sie den Einzelnen in unüberschaubaren Situationen und geben ihm subjektive Entscheidungssicherheit. Man kann sie als latent vorhandene, allgemeine Formeln der Umweltbewältigung auffassen.“* (Wellhöfer, P. 1988) Dieses Konstrukt bildet dann die Grundlage, von der aus weitere Erfahrungen gemacht und Bewertungen durchgeführt werden und auf welcher dann ein Wechsel oder

³ Siehe eine Auswahl über **Behaviorismus**: Pawlow, I. P. in Lefrançois, G.R., *Psychologie des Lernens*, Springer, Heidelberg, 2006, S. 32 – 49, **kognitive Theorien**: Piaget, J., dito, S. 206 – 216, **kognitive Theorien der Motivation**: Festinger, L. A., dito, S. 296 – 299, und **sozialkognitive Theorie**: Banduras, A., dito, S. 310 - 324

⁴ Brehm, J. W., *A theory of psychological reactance*, Academic Press, New York, 1966, und Brehm, J. W. & Weintraub, M. *Physical barriers and psychological reactance: 2-years-old response to threats to freedom*, Journal of Personality and Social Psychology, 35, 1977, S. 830 - 836

⁵ Wellhöfer, Peter R., *Grundstudium Sozialpsychologie für Sozialberufe, Psychologen u. Soziologen*, Enke, Stuttgart, 1988, S. 158 - 165

eine Einschränkung wahrgenommen wird.

In der Frage der Einführung von Mediation geht es erstmals um eine Vielfalt von Menschen, die über unterschiedliche Konstrukte und Prägungen verfügen. Nichtsdestotrotz weisen sie etwas Gemeinsames auf: Sie beziehen Position für ihre alten Einstellungen – welche auch immer – und weigern sich, einen neuen Weg zu gehen, nämlich jenen, eine mediative Haltung einzunehmen, um in einem gemeinsamen Klärungsprozess nach einer Lösung zu suchen.

3.2.2 Die Theorie der Reaktanz

Gestützt auf die sozialpsychologische Theorie der Reaktanz von Jack W. Brehm⁶ kann festgehalten werden, dass der Mensch vor allem dann Widerstand aufbaut, wenn er zu etwas gezwungen oder wenn ihm etwas verboten wird, was im Widerspruch zu seinen internalisierten Ansichten steht. Dabei kann es sich um ganz banale Dinge handeln. Die erlebte Einschränkung der Selbstbestimmung führt zu einer manchmal irrationalen Aufwertung der verbotenen bzw. der bisher als „gut“ taxierten Handlung. Der Mensch klammert sich daran und will altes nicht mit neuem ersetzen.

Auf der emotionalen Ebene ergibt sich dazu ein Loyalitätskonflikt: soll das Neue als die bessere Option angeschaut werden, so heisst das, das Alte sei nicht gut genug gewesen. Dies kann von Mensch zu Mensch unterschiedliche Auswirkungen haben: Je mehr die Person sich mit den eigenen Einstellungen und Ansichten identifiziert, desto stärker fühlt sie sich bei einem Wechsel selber in Frage gestellt.

Eigentlich ist Reaktanz die Motivation, den Ist-Zustand aufrechtzuerhalten, solange dieser als ausgeglichen, angenehm und eigen empfunden wird. Diese Motivation entspringt dem Grundbedürfnis des Menschen nach individueller Handlungs- und Entscheidungsfreiheit. Aus dem Gesagten ergeben sich zwei Ebenen von Widerstand:

- Der Widerstand gegen Fremdbestimmung und

⁶ Brehm, J. W., *A theory of psychological reactance*, Academic Press, New York, 1966, und Brehm, J. W. & Weintraub, M. *Physical barriers and psychological reactance: 2-years-old response to threats to freedom*, *Journal of Personality and Social Psychology*, 35, 1977, S. 830 - 836

- Der Widerstand gegenüber der Änderung oder gegenüber der Aufgabe eines Verhaltensmusters, das bisher als angenehm, vertraut, angebracht, im allgemein als „richtig“ angeschaut wurde.

Diese Unterscheidung zu berücksichtigen erscheint der Autorin wichtig, wenn es darum geht, Menschen für einen Wechsel in der Art und Weise, wie sie mit Konflikten umgehen, zu gewinnen (s. Schlussfolgerungen).

Die Auswirkungen von Reaktanz können sich dann indirekt (ausweichende Suche nach Alternativen), direkt (im alten Muster verharrend) oder sogar aggressiv (in negativen Äusserungen) manifestieren. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dass der bisherige Ist-Zustand an sich abgewertet wird, so dass das Aufrechterhalten von ehemaligen Einstellungen nicht mehr erstrebenswert erscheint und Veränderung möglich wird. Nun ist diese letzte Variante mit negativen Emotionen („Verlierer“, „I’m not o.k. – You’re o.k.“⁷) verbunden, was eine solche Wahl weniger wahrscheinlich erscheinen lässt.

Es muss festgehalten werden, dass die von Jack W. Brehm geführten Untersuchungen nicht nur zeigen „wie“ Menschen aus ihrer persönlichen Ausstattung gegenüber Fremdbestimmung reagieren, sondern „dass“ Menschen überhaupt so reagieren. Das zu wissen und zu berücksichtigen soll vor falschen Erwartungen schützen, wenn etwas Neues eingeführt wird, möge das Neue, wie im Falle der Mediation, auch noch so gut erscheinen.

3.2.3 Grundbedürfnisse des Menschen

Neben dem Bedürfnis des Menschen nach individueller Handlungs- und Entscheidungsfreiheit erwähnt Irene Klein (1995) zwei weitere Grundbedürfnisse als Voraussetzung für gewinnbringende Interaktionen⁸ sowohl auf der Mikro- wie auch auf der Meso- und Makroebene:

- Das Grundbedürfnis nach Anerkennung und Zugehörigkeit, und

⁷ Berne, Eric, *Standard nomenclature, Transactional Nomenclature*, in „Transactional Analysis Bulletin, vol 8, n° 32 Oktober 1969, S 112, in James, M., und Jongeward, D., *Nacidos para triunfar, Análisis Transaccional con Experimentos Gestalt*, Fondo Educativo Interamericano S. A., USA, 1975, S. 33 - 34

- das Grundbedürfnis nach Sicherheit.

Anerkennung und Zugehörigkeit benötigt der Mensch in seinen ersten Lebensjahren um zu überleben. Durch die physische und seelische Fürsorge seiner Umgebung erlangt der Mensch eigene Kräfte und kann sich schliesslich selbst bejahen und anerkennen. Dadurch wird er von seiner Umgebung und deren Bestätigung je länger je mehr unabhängig. Das Bedürfnis an sich bleibt jedoch das ganze Leben bestehen und zeigt sich in der Sehnsucht nach Zugehörigkeit zu und akzeptiert werden durch andere. Das Grundbedürfnis nach Sicherheit ist bei verschiedenen Leuten nicht immer gleich ausgeprägt. Es strebt jedoch an, gewisse Rahmenbedingungen und Abläufe zu überblicken, um Überforderungen durch plötzliche Anforderungen zu vermeiden.

Bei dieser Beschreibung stützt sich Irene Klein auf die breiter angelegte Maslows Bedürfnishierarchie⁹ von physiologischen Bedürfnissen (Nahrung, Flüssigkeit, Sexualität), Sicherheit, Akzeptanz und Selbstachtung. Sind diese Grundbedürfnisse nicht gedeckt oder werden sie in Frage gestellt, so kämpft der Mensch darum, diese Gefühle der Sicherheit und der Akzeptanz (wieder) zu erlangen.

3.2.4 Die Wahrnehmung kommunikativer Fähigkeiten

Nun stellt sich die Frage, wie der Reaktanz überhaupt vorgebeugt werden kann und, falls bereits vorhanden, wie damit umgegangen werden soll, damit eine Öffnung für das Neue, für den Wechsel möglich wird. Davon ausgehend, dass Fremdbestimmung zu Widerstand bei Menschen führt, müssten partizipative, selbstbestimmende Modelle das Gegenteil hervorrufen, nämlich Akzeptanz. Eine zentrale Rolle spielt in diesem Zusammenhang sicher die Kommunikation.

Gestützt auf Watzlawick (2003)¹⁰ und Schulz von Thun (1981)¹¹ muss nun

⁸ Klein, Irene, *Gruppenleiten ohne Angst*, Pfeiffer, München, 1995, S. 20 - 26

⁹ Maslow, A.H., *Motivation and personality* Harper & Row, New York, 1970, in Lefrançois, G.R., *Psychologie des Lernens*, Springer, Heidelberg, 2006, S. 290 - 291

¹⁰ Watzlawick, P., Beavin, J., Jackson, D. *Menschliche Kommunikation*, Hans Huber Verlag, Bern 2003, S. 50 - 71

¹¹ Schulz von Thun, F., *Miteinander reden, Störungen und Erklärungen*, Rowohlt, Hamburg, 1981, S. 25 - 30

berücksichtigt werden, dass Kommunikation nicht einfach die Übermittlung von Information bedeutet („was“ wird gesagt, **Sachinhalt**). Entscheidend ist oft auch die Art und Weise, „wie“ etwas kommuniziert wird (verbale, nonverbale Form, der gewählte Zeitpunkt und Kontext). „*Alles Verhalten hat Mitteilungscharakter, jedes Verhalten ist Kommunikation*“ (Bachmeir 1982)¹². Dabei spielt ebenfalls eine Rolle „wer“ über etwas informiert (Sicht der Parteien) und in welchem Verhältnis (Beziehung) Sender und Empfänger zueinander stehen. Weitere Kommunikationsinhalte sagen etwas darüber, „worum“ es den Parteien eigentlich geht (emotionale und finale Anliegen bzw. Selbstoffenbarung und Appell). Solche Inhalte werden jedoch nicht immer explizit formuliert: Körpersprache, Wortlaut, Stimmlaut, usw. sind weitere Träger von Informationen. Botschaften werden interpretiert, vorausgesetzt oder gar suggeriert. Gerade diese Komplexität der Kommunikation ist es, die oft zu Missverständnissen führt. Wird dies nicht beachtet, kann Reaktanz unbeabsichtigt entstehen bzw. fortbestehen, ohne dass ein kausaler Grund erkennbar ist. Auf solchem Boden wird eine Öffnung für Mediation kaum gelingen. Auch deswegen die Wichtigkeit einer bewusst angelegten Vorgehensweise.

3.2.5 Strategien zur Beeinflussung von Einstellungen

Unter Berücksichtigung der kommunikativen Aspekte und auch im Wissen darum, dass Einstellungen schwer zu verändern sind (Wellhöfer, 1988)¹³, können Menschen durch folgende Ansatzpunkte der Sozialpsychologie beeinflusst werden:

3.2.5.1 Einstellungsänderung durch Überredung

Wellhöfer empfiehlt in Zusammenhang mit Überredungsversuchen die Berücksichtigung der oben vorgetragenen Kommunikationsvorgänge, wie von Watzlawick und Schultz von Thun formuliert. Es gelte diese zu beachten, mehr sogar als die alleinige Fachkompetenz des Senders. Es sei oft lediglich „von

¹² Bachmeir, S., Faber, J. und Hennig, C., „*Beraten will gelernt sein*“ Belz, Basel, 1982, Kapitel 3.3

¹³ Wellhöfer, Peter R., *Grundstudium Sozialpsychologie für Sozialberufe, Psychologen u. Soziologen*, Enke, Stuttgart,

individuellen und situationsspezifischen Faktoren abhängig, welcher Sender wann glaubwürdig und akzeptabel“ (dito, S. 170) wirke, d.h. von welchem Sender sich die Leute dann überreden lassen.

3.2.5.2 Einstellungsänderung durch Erzeugung kognitiver Dissonanz

Der Erzeugung kognitiver Dissonanz bedarf eine nähere Betrachtung. Der Begriff stammte von Leon Festinger (1978)¹⁴ und beschreibt den unangenehmen Zustand eines Menschen, wenn zwischen dem was er glaubt oder für richtig hält, und dem, was er beobachtet oder neu dazu lernt, eine Diskrepanz entsteht. Dieses Nicht-Übereinstimmen von kognitiven Inhalten verursacht im Mensch einen Konflikt, den es zu lösen gilt.

Ähnliches beschrieb Piaget bereits 1932¹⁵, als er den Entwicklungs- und Reifungsprozess des Kindes dadurch zu erklären versuchte, indem er festhielt, dass das Kind „Nicht-Übereinstimmungen“ zwischen den eigenen Vorstellungen und dem was es in der Realität sieht, als Ungleichgewicht erlebe und dann auszugleichen versuche. Dieses Ungleichgewicht, diese Dissonanz versucht das Kind mit Assimilation (das Alte wird ins Neue integriert) und mit Anpassung der Umwelt an sich selbst zu begegnen. Erwachsene Menschen reagieren da nicht völlig anders, was auch die Annahme bestätigt, dass Menschen lebenslänglich in einem kontinuierlichen, wenngleich unterschiedlich intensiven Reifungsprozess stehen.

Diese Erkenntnis macht sich William Ury (1993)¹⁶ in positiver Art und Weise zu Nutze, wenn er rät, in Verhandlungen mit schwierigen Konfliktparteien anders zu reagieren, als dies vom Verhandlungspartner erwartet wird. Statt als „Gegner“ schlägt er dem Leser vor, dem Gegenüber positiv, nett, freundlich, interessiert und offen zu begegnen, um die Anliegen des „Partners“ besser zu verstehen. Die so erzeugte Dissonanz müsse dann vom Gegenüber

1988, S. 169 - 181

¹⁴ Festinger, Leon, *Theorie der kognitiven Dissonanz*, Huber Verlag, Bern 1978

¹⁵ Piaget, Jean, *El criterio moral en el niño*, Fontanella, Barcelona, 1971, erwähnt im Buch von Enesco, Ileana und Del Olmo, Concepción, *El trabajo en quipo en primaria, aprendiendo con iguales*, Alhambra Longman, Madrid, 1992, S. 36 – 42

¹⁶ Ury, William, *Getting Past No, Negotiating Your Way from Confrontation to Cooperation*, Bantam Books, New York, 1993, S. 66 - 67

aufgehoben werden, die Balance müsse wieder hergestellt werden. Die schwierige Konfliktpartei tendiere schliesslich dazu, ihren „Gegner“ anders wahrzunehmen, vielleicht sogar als Partner, um der Balance Willen. Eine erste Wendung in der Verhandlungsatmosphäre kann so erzeugt werden. Als Partner lassen sich gemeinsame Lösungsansätze eher finden. Dieser Paradigmawechsel im Verhandlungsprozess zugunsten eines mediativen Verhaltens lässt partizipative Modelle entstehen, in welcher die unterschiedlichen Partner zu kollaborierenden Protagonisten einer kollektiven Geschichte werden.

So gesehen verhält es sich bei der kognitiven Dissonanz ähnlich wie bei der psychologischen Reaktanz: die Diskrepanz wird als unangenehm taxiert, als nicht auszuhalten. Die kognitive Dissonanz erzeugt jedoch nicht Widerstand wie die Reaktanz, sondern das Bedürfnis nach Anpassung bzw. nach Änderung. Ihr Wirkungsgrad ist weiter davon abhängig, wie stark die dissonanten Elemente sind und wie zentral diese Elemente in Bezug auf die ursprünglichen Einstellungen stehen. Demzufolge wäre eine Solidarisierung mit skeptischen oder gar abweisenden Schlüsselpersonen von potentiellen Anwendungsfeldern der Mediation eine gute Voraussetzung auf der Suche nach einer Zusammenarbeit in der Einführung derselben.

3.2.5.3 Beeinflussung durch gruppensdynamische Massnahmen

Der nächste Ansatzpunkt der Beeinflussung durch gruppensdynamische Massnahmen (Lewin, 1948)¹⁷ zeigt, wie wichtig es ist, den Kontext zu beachten, in welchem eine Verhandlung zur Veränderung stattfindet. Das soziale Umfeld eines jedes Individuums beeinflusst dieses. Der Mensch steht in Interaktion mit seinem Umfeld und definiert sich in der Wechselwirkung zu diesem¹⁸. Finden Veränderungen in einer Gruppe statt, so werden die einzelnen Mitglieder der Gruppe ebenfalls verändert, sowohl selber als auch im Verhältnis zueinander. So gesehen kann die Gruppe ein Ort sein, der für Einstellungsänderungen

¹⁷ Lewin, Kurt, *Resolving social conflicts – selected papers on group dynamics*, Harper, New York, 1948, in Wellhöfer, 1988, S. 179

¹⁸ Klein, Irene, *Gruppenleiten ohne Angst*, Pfeiffer, München, 1995, S. 58.

förderlich sein kann, gerade weil die kollektive Akzeptanz damit gesichert ist. Aber auch Widerstand kann zum gruppendynamischen Prozess werden. Daher gilt es, die Gruppe erstmals für die Veränderung zu gewinnen und zu motivieren. Folgende Rahmenbedingungen müssen dabei beachtet werden:

- Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen der Gruppe und denjenigen, die eine Veränderung hervorbringen möchten
- Das Ansehen derjenigen, die eine Veränderung hervorbringen möchten.
- Die Attraktivität der Gruppe für den Einzelnen in Bezug auf die Erfüllung der eigenen Bedürfnisse.
- Die Stärke des Zusammenhangs zwischen den zu verändernden Inhalten und der speziellen Attraktivität der Gruppe.
- Der Einbezug der ganzen Gruppe in den Veränderungsprozess.
- Die Partizipation der Gruppemitglieder beim Entscheidungsprozess, Informationen zu Veränderungsinhalten zuzulassen und die Notwendigkeit eines Wechsels zu prüfen.

Auf die Einführung der Mediation bezogen würde dies heissen, dass eine Vorgehensweise, die auf spezifische Gruppen oder Anwendungsfelder zielt und die oben aufgeführten Rahmenbedingungen achtet, die grösseren Chancen auf Akzeptanz in der Implementierung der Mediation hätte.

3.2.5.4 Verhaltensbeeinflussung durch finanzielle Anreize oder juristische Sanktionen

Abschliessend soll hier noch ein weiterer Ansatzpunkt der Sozialpsychologie behandelt werden, der beim Versuch, Einstellungen zu verändern, eine Rolle spielen kann. Es gibt in unserer Gesellschaft durchaus Anhaltspunkte, welche finanzielle Anreize oder juristische Sanktionen¹⁹ als gute Strategie zur Verhaltensänderung bzw. -beeinflussung erscheinen lassen. So beschreibt Stroebe (1992), dass beispielsweise in Deutschland und Schweden alle guten Argumente in der Informationskampagne beim Einführen von Sicherheitsgurten

¹⁹ Stroebe, Wolfgang, Hewstone, Miles, Codol, Jean-Paul, *Sozialpsychologie*, Springer, Berlin, 1992, S.297 – 298

im Auto nicht ausreichen, damit die Leute diese auch trugen. Nachdem aber ein Gesetz erlassen wurde, waren plötzlich auch positive Meinungen zu hören. Auch die aktuelle Entwicklung im Zusammenhang mit dem Rauchverbot in verschiedenen europäischen Ländern lässt ähnliches beobachten. Dies wäre 1992 nicht vorstellbar gewesen: der gleiche Autor erwähnt in der damaligen Ausgabe seines Buches die fehlende Attraktivität einer solchen Gesetzgebung in diesem Bereich, wenn er über die Rolle der Macht des Staates und deren Grenzen berichtet. Anscheinend ist der Faktor Zeitpunkt („die Zeit ist reif“) ebenfalls zu berücksichtigen: Die Vorbilder aus dem Ausland bleiben ebenfalls nicht ohne Wirkung. Sie unterstützen die Gesetzgeber der nachfolgenden Länder in ihrem Vorhaben.

Wie von Stroebe dargelegt, ist es der Staat, der in der Position ist, Gesetze und Gebote zu erlassen. Also muss die Rolle von politischen Instanzen und von Personen in Schlüsselposition mit in Betracht gezogen werden. Anreize und Gesetze sind jedoch nur dann wirksam, wenn sie auch in ihrem eigentlichen Zweck überprüfbar, nachkontrollierbar sind. Die Belohnung von Fairness in der Schule beispielsweise mit der Zielsetzung, mehr ausländischen Jugendlichen den Zugang zur Sekundarstufe zu ermöglichen, macht nur dann Sinn, wenn dies nicht nur quantitativ eine Wirkung zeigt (wie viele Schüler werden neu zugelassen), sondern auch im kollegialen Umgang der Schüler untereinander (Fairness in der zwischenmenschlichen Akzeptanz). Dies ist jedoch schwieriger zu überprüfen. Nichtsdestotrotz können solche Zielsetzungen durchaus eine positive Wirkung haben, indem sie signalisieren, dass Anstrengungen unternommen werden, um etwas zu verändern, was als nicht fair taxiert wird (Vorbildfunktion). Das eigentliche Ziel von solchen Vorgaben wäre aber weiterhin, eine Öffnung, eine Gesinnungsänderung zu bewirken. Ein demokratischeres Mittel dazu wäre der Versuch, Menschen zu überzeugen oder zu gewinnen. Die durch Selbstbestimmung erzeugte Internalisierung des veränderten Verhaltens würde ausserdem eine „Kontrolle“ eher überflüssig machen. Aber dies ist nicht immer möglich.

Die verschiedenen Ansatzpunkte der Sozialpsychologie brauchen weiter nicht in Konkurrenz zueinander zu stehen, sondern können durchaus parallel ihren

Beitrag zur Veränderung leisten.

3.2.6 Zusammenfassung

Nun kann festgehalten werden, dass es bei der Einführung von Mediation als neuem Instrument (methodisch) und als neue Haltung (persönliche Einstellung) in der Beilegung von Konflikten mehrere sozialpsychologische Aspekte zu berücksichtigen gilt. Diese können je nach Situation zusammen oder einzeln eine Rolle spielen. So werden Menschen eher mit Widerstand reagieren, wenn sie bei Veränderungen fremdbestimmt werden. Werden sie jedoch einbezogen, ist die Chance grösser, dass sie Neues annehmen und sich konstruktiv an dessen Einführung beteiligen. Da wo Widerstand bereits besteht, kann durch einen unerwarteten Wechsel der prozessualen Vorgehensweise (kognitive Dissonanz) eine neue Ausgangslage geschaffen werden: nicht gegeneinander sondern miteinander sollen Probleme und Anliegen behandelt werden. Ausserdem haben Veränderungen dann eine grössere Chance, wenn diese unter Einbezug des gesamten Umfelds eingeführt werden. Anreize und gesetzliche Rahmenbedingungen können eine ergänzende Rolle bei Veränderungsprozessen und bei der Einführung von neuen Vorgehensweisen spielen.

Damit ist das Stichwort für das nächste Kapitel gegeben.

3.3 Analyse der vorhandenen Rahmenbedingungen

3.3.1 Der sozialpolitische Aspekt in der Schweiz

3.3.1.1 Begriffsklärung und Grundsätze

Einführend soll hier der Begriff „Sozialpolitik“ kurz erläutert werden:

„Sozialpolitik ist die Planung und Durchführung der staatlichen Massnahmen, die unter Berücksichtigung des Gemeinwohls auf die Unterstützung wirtschaftlich schwacher Bevölkerungsteile gerichtet sind.“²⁰

²⁰ *Das neue Duden, Lexikon*, Dudenverlag, Mannheim, 1989, Band 9, S. 3551

Ziel der Auseinandersetzung mit den sozialpolitischen Aspekten hierzulande ist das Ergründen von gesetzlichen Rahmenbedingungen, die sich im Einführungsprozess der Mediation begünstigend bzw. hinderlich auswirken können. Eine weitere Frage ist, wie gesetzliche Rahmenbedingungen in der Schweiz entstehen können.

Der Bund betrachtet sein soziales Engagement als „subsidiär“. Diesem Subsidiaritätsprinzip wird hohe Bedeutung beigemessen, es ist sogar ein wichtiger Teil des schweizerischen Selbstverständnisses. Das heisst, solange sich Bürger und Bürgerinnen selber helfen können, sollen sie dies in Selbstverantwortung und in Eigenkompetenz auch tun. Erst wenn dies nicht mehr möglich ist, kommen staatliche Hilfeleistungen in Frage. Diese Grundhaltung wird von einem Grossteil der Bevölkerung getragen. Entsprechend gross ist der Vorbehalt, Dienst- oder Hilfeleistungen vom Staat zu erwarten, geschweige denn, in Anspruch zu nehmen.²¹

Die wichtigsten Säulen der sozialen Sicherung hierzulande sind die Sozialgesetzgebung, die Sozialversicherung und die Sozialhilfe²². So gut ausgebaut das Netz der sozialen Sicherungssysteme ist, *„ein sozialpolitisches Leitbild als Grundlage für die Weiterentwicklung des Sozialstaats fehlt jedoch weitgehend.“* (Wolffer, 1993) So bleibt die Rolle des Staates unklar, wenn es darum geht, weitgehende sozialpolitische Ziele wie zum Beispiel die Angleichung der Lebenschancen, der Lebensbedingungen und die Stabilisierung der Gesellschaftsordnung für alle Bevölkerungsgruppe zu verfolgen und die dazu nötigen, gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Zwar ist dies im so genannten Zweckartikel der neuen Verfassung und in den darin neu formulierten Sozialzielen umschrieben²³, einklagbar sind diese Ziele jedoch nicht. Nichtsdestotrotz hat deren Aufnahme in die Bundesverfassung (BV) eine gewisse Bedeutung, wenn es weiter heisst, *„Bund und Kantone streben die Sozialziele im Rahmen ihrer verfassungsmässigen Zuständigkeiten*

²¹ Bundesamt für Statistik, *Pressemitteilung*, 13 Soziale Sicherheit, Neuchâtel, März 2001, S 1 - 8

²² Wolffers, Felix, *Grundriss des Sozialhilferechts*, Haupt, Bern, 1993, S. 33 - 48

²³ *Die neue Bundesverfassung*, Art. 2 BV und Art. 41 BV, insbesondere c., d., e., f. und g.

und ihrer verfügbaren Mittel an.“ (BV 1998) Insofern erscheint es der Autorin eine kongruente und zentrale Frage zu sein, welche Verhandlungsformen der Schweizer Staat seinen Bürgern und Bürgerinnen im Umgang mit Konflikten empfiehlt oder gesetzlich vorschreibt, wenn bestimmte Grundbedürfnisse in solchen Situationen nicht gestillt bzw. in Frage gestellt oder gar gefährdet werden.

3.3.1.2 Aktuelles über die gesetzliche Verankerung der Mediation in der Schweiz

Was die gesetzlichen Rahmenbedingungen anbelangt, wurde am 05.07.2006 der Entwurf zum neuen Jugendstrafgesetz vom 20.06.2003 angenommen und per 01.01.2007 in Kraft gesetzt. Darin ist die Mediation als alternatives Verfahren vorgesehen, das von der Jugendrichterin oder vom Jugendrichter jederzeit eingesetzt werden kann (der Prozess wird in diesem Fall sistiert), wenn keine Schutzmassnahmen notwendig sind und wenn die Begegnung zwischen Täter und Opfer während des Mediationsprozesses den Interessen des beschuldigten Jugendlichen nicht zuwiderläuft. Gelingt die Mediation, so soll das strafrechtliche Verfahren eingestellt werden.²⁴

Der Bundesrat verabschiedete weiter am 21.12.2005 den Entwurf für die neue Strafprozessordnung und am 28.06.2006 den Entwurf für die neue Zivilprozessordnung. Auch in diesen beiden Entwürfen war vorgesehen, dass sowohl vor Klageeinreichung als auch vor Strafprozessen ein Schlichtungsversuch bei der Schlichtungsbehörde oder ein Mediationsversuch grundsätzlich stattzufinden habe. Die Stellungnahme des Parlaments zum Entwurf der Zivilprozessordnung steht noch bevor. Die vorberatende Kommission hat jedoch bereits beschlossen, der ganze Artikel sei aus dem Entwurf der neuen Zivilprozessordnung zu streichen, da Mediation „keine gesetzlichen Rahmenbedingungen benötige“. Im Juli oder September wird der Ständerat darüber befinden, später dann der Nationalrat²⁵. Diese erste

²⁴ *Jugendstrafprozessordnung*, JStPO, Art. 7 und 8,

http://www.admin.ch/ch/script/printme.php?site=/ch/d/sr/311_1/index.html&lng=de

²⁵ Die Schweiz kennt das Zwei-Kammer-System: sowohl Ständerat wie auch Nationalrat müssen ein neues Gesetz annehmen, bevor diese dann in Kraft tritt. Beide Kammern haben ihre vorberatenden Kommissionen, die sich vorgängig

Stellungnahme lässt nichts gutes erahnen. Vor allem nach der Entwicklung im Ständerat in Zusammenhang mit der Strafprozessordnung: Am 08.12.2006 wurde im Ständerat beschlossen, dass die Kantone nicht gezwungen werden, *„bei Strafprozessen die Mediation vorzusehen – also die aussergerichtliche Vermittlung, wenn alle Beteiligten einverstanden sind. Mit 19 zu 10 Stimmen hat der Ständerat eine gesetzliche Verankerung dieser Option im Strassprozessrecht abgelehnt. Kommissionspräsident Franz Wicki (CVP, LU) warnte vor „amerikanischen Verhältnissen“. Ganz knapp, mit 15 zu 14 Stimmen, gutgeheissen wurde hingegen, den Kantonen zumindest die Möglichkeit zu geben, Mediation anzuwenden. Mit diesem Beschluss kommt der Rat den Kantonen Genf, Waadt, Freiburg und Zürich entgegen, welche die Mediation bereits kennen. Justizminister Christoph Blocher hatte vergeblich gewarnt, die Kann-Formulierung erfordere sehr viele Detailregelungen und widerspreche dem Harmonisierungsgedanken der Vorlage.“* (Der Bund, 2006)²⁶

Was hier als „Zwang“ abgelehnt wurde, hätte die Rahmenbedingung sein können, die eine landesweite Etablierung der Mediation im Täter-Opfer-Bereich ermöglicht hätte. Zwar hat der Nationalrat noch nicht darüber entschieden, die Chancen sind jedoch sehr klein, dass der Artikel 314 betreffend Mediation dort wieder im Entwurf aufgenommen und gutgeheissen wird. Den einzelnen Kantonen bleibt es nun freigestellt, im Grossrat (Kantonsparlament) darüber zu entscheiden, ob sie die Mediation – wie Genf, Zürich usw. – anwenden wollen oder nicht.

Interessant ist die Beobachtung, dass auch hier sozialpsychologische Faktoren eine Rolle zu spielen scheinen, wie im vorangegangenen Kapitel beschrieben: Es heisst, die Übernahme von „amerikanisierten Verhältnissen“ werde befürchtet (Fremdbestimmung) und damit die Ablehnung einer Verankerung der Mediation im Gesetz empfohlen zu Gunsten des Status Quo (Reaktanz). Interessant wäre es auch herauszufinden, ob sich diese Reaktion als „Anti-Amerikareflex“ erklären lässt, obwohl in der Schweiz so oder so vieles von den

mit dem Entwurf des neuen Gesetzes befassen und es dann zur Annahme oder Ablehnung beim entsprechenden Rat empfehlen.

²⁶ Der Bund, *Gegen „amerikanische Verhältnisse“ – Strafprozesse*, Bern, Zeitungsartikel, 08.12.2006, S. 8

USA übernommen wird, oder ob es sich hier lediglich um das Fremdbestimmtwerden durch andere Parteien handelt, und der „Anti-Amerikareflex“ nur als Alibi vorgeschoben wird.

Ein weiterer Aspekt ist der, dass die Inhalte der Mediation bei den einzelnen politischen Parteien bzw. Parteimitgliedern noch wenig bekannt sind, wie dies in politischen Diskussionen am Radio und Fernsehese oft zu beobachten ist. Begriffe wie Mediation, Schlichtung, Arbitrage usw. werden zum Teil noch als Synonyme angewendet. In der Folge werden dann Doppelspurigkeiten – sprich eine Summierung von „gleichen Angeboten“ - aus ökonomischen Überlegungen abgelehnt...

3.3.1.3 Ausblick

„Der politische Aspekt ist zentral, dort entscheidet sich letztendlich, ob der Mediation ein flächendeckender Durchbruch beschieden ist oder nicht.“ (Kommentar von Teresa Zehnder, lic.iur. Mediatorin SDM-FSM) Auch die Debatte an sich, ob die Mediation im Gesetz aufgenommen wird oder nicht, beinhaltet eine Botschaft. So auch die Resultate, die Argumente. Nichts bleibt ohne Wirkung.²⁷ Ein erster Versuch, Mediation in der Schweiz gesetzlich zu verankern, scheint gescheitert zu sein. Eine kleine Hoffnung bleibt auf kantonaler Ebene und dann bei der Abstimmung zur Zivilprozessordnung. Die Jugendstrafprozessordnung wurde angenommen und ist seit dem 1. Januar 2007 in Kraft. Dort ist Mediation als Alternative bzw. Ergänzung zum gerichtlichen Prozess vorgeschlagen.

3.3.2 Ein Vergleich mit anderen Europäischen Ländern

3.3.2.1 Ein buntes Mosaik in ständigem Wechsel

Ein Blick über die Grenzen der Schweizer Eidgenossenschaft lässt erkennen, dass auch andere Europäische Länder, wie zum Beispiel Spanien, keine Gesetzgebung für Mediation auf Bundesebene kennen, wohl jedoch auf der

²⁷ Watzlawick, P., Beavin, J., Jackson, D. *Menschliche Kommunikation*, Hans Huber Verlag, Bern 2003, S. 50

Ebene einzelner „Kantone“, wenn die „Comunidades Autónomas“²⁸ in Anlehnung an die hiesige Staatsgliederung so bezeichnet werden dürfen. Das ist der Fall bei Cataluña, Valencia, Canarias und Galicien. Es wird jedoch von den dortigen Fachpersonen befürchtet, dass schliesslich 19 verschiedene Gesetze, je eins pro Region, vorhanden sein werden, wenn es weiterhin nicht gelingen sollte, eine einheitliche Gesetzordnung auf Staatsebene zu erwirken. In Deutschland und Österreich existiert eine Gesetzgebung auf Bundesebene, die Ausführung des Gesetzes liegt jedoch in der Kompetenz der „Länder“²⁹. England, Frankreich, Malta, Norwegen, Schweden und Wales haben jeweils ein einheitliches Gesetz. So verschieden wie die Europäischen Länder, so unterschiedlich ist nicht nur die gesetzliche Verankerung, sondern auch die Angebote für Mediation. Lisa Parkinson (2005) beschreibt das aktuelle Panorama in der Entwicklung der Mediation in Europa als „*buntes Mosaik in ständigem Wechsel*“, entsprechend den Bedürfnissen und dem Selbstverständnis der einzelnen Völker. Viele dieser Länder folgten mit ihrer Gesetzgebung und ihren Projekten den Empfehlungen des Europäischen Konzils.

3.3.2.2 Die Empfehlungen des Europäischen Konzils

Das Europäische Konzil erliess am 21. Januar 1998 die Recommendation N° R (98) 1³⁰ in Sachen Familienmediation und am 15. September 1999 die Recommendation N° R (99) 1³¹ in Sachen Täter-Opfer-Mediation. In letzterem werden die Mitgliedstaaten unter anderem auf die Notwendigkeit hingewiesen,

- dass Mediation als eine allen zugängliche Dienstleistung angeboten werden soll (appendix to Recommendation N° R (99), 19, II, 3.)
- dass Gesetze entworfen werden, die den Gebrauch der Mediation begünstigen (appendix to Recommendation N° R (99), 19, III, 6.)
- dass die Mitgliederstaaten Forschung und Evaluierung in Sachen

²⁸ Sánchez Durán, Ana Ma., in Parkinson, Lisa, *Mediación Familiar*, Gedisa Editorial, Barcelona, 2005, S. 311

²⁹ Aersten, Ivo, Mackay, Robert, Pelikan, Christa, Willemsens, Jolien, Wright, Martin, *Rebuilding community connections – mediation and restorative justice in Europe*, Council of Europe Publishing, Loeven, 2004, S. 52

³⁰ Parkinson, Lisa, *Mediación Familiar*, Gedisa Editorial, Barcelona, 2005, S. 272

³¹ Aersten, Ivo, Mackay, Rober, Pelikan, Christa, Willemsens, Jolien, Wright, Martin, *Rebuilding community connections – mediation and restorative justice in Europe*, Council of Europe Publishing, Loeven, 2004, S. 93

Mediation fördern (appendix to Recommendation N° R (99), 19, IV, 34.)

Die Schweiz ist seit dem 6. Mai 1963 Mitglied des Europäischen Konzils. Viele Konventionen wurden seither unterzeichnet und ratifiziert und an diese muss sich die Eidgenossenschaft halten. Die Recommendations oder Empfehlungen sind jedoch nicht von bindendem Charakter. Das macht eine konkrete Umsetzung schwieriger. Rechtlich gesehen ist der negative Entscheid vom Ständerat kein Verstoß gegen das Europäische Konzil. Das Parlament hat lediglich von seinem Recht Gebrauch gemacht, nein zu sagen. Ausserdem geht es nicht darum, eine Gesinnungsänderung zu erzwingen. Dies wäre doch alles andere als kohärent mit den Prinzipien und mit der Haltung der Mediation.

3.3.2.3 Der schweizerische Weg

Aber ein „Nein“ muss nicht als letztes Wort akzeptiert werden³². Ein Rückblick auf die Schweizer Geschichte zeigt, dass es genügend Beispiele von anderen Gesetzesentwürfen gibt, die im Parlament schlussendlich doch noch angenommen wurden. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts beispielsweise ging die Eidgenossenschaft vom Freihandel zum Schutzzollsystem über. Das war einer der ersten, entscheidenden Schritte in die Sozialpolitik. Interessengruppen liessen sich dabei durch Verbände und Vereine vertreten. *„Diese spielten fortan eine immer grössere politische Rolle, namentlich im vorparlamentarischen Verfahren zur Vorbereitung von Gesetzen und anderen Vorlagen.“* (Flüeler, 1975)³³ Der Verein ist gegenwärtig mengenmässig die wichtigste Rechtsform hierzulande. Ein gewisser Grad an Akzeptanz könnte somit vorausgesetzt werden, wenn beispielsweise Vereine und/oder Verbände ihre Anliegen für die Mediation und deren Implementierung vertreten. In vielen Vereinen sitzen zudem Leute aus der Politik, welche die Anliegen des Vereins dann in die entsprechenden Gremien auf Ebene Gemeinde, Kanton und Bund einbringen können.

³² Ury, William, *Getting Past No, Negotiating Your Way from Confrontation to Cooperation*, Bantam Books, New York, 1993, S. 171

³³ Flüeler, Niklaus, u.a. *Die Schweiz, vom Bau der Alpen bis zur Frage nach der Zukunft*, Ex-Libris Verlag AG, Dietikon, 1975, S. 83

Die aktuelle Rolle dieser Vereine und Institutionen wird im Abschnitt 3.2.4. genauer angeschaut. Eine weitere Frage, ausgehend von den eingehend behandelten sozialpsychologischen Ansatzpunkten, soll hier gestellt werden, die später in den Schlussfolgerungen und Empfehlungen wieder aufgenommen wird:

- Wie könnte eine kognitive Dissonanz im schweizerischen sozialpolitischen Bereich aussehen und wer sollte diese erzeugen?

3.3.3 Die Rolle der Medien in der Einführung der Mediation

Die Präsenz der Medien in unserer Gesellschaft ist eine nicht weg zu denkende Realität. Die Auseinandersetzung mit der Rolle der Medien ist deswegen unabdingbar. In diesem Kapitel soll ergründet werden, welchen Bezug die Medien zu Konflikten haben. Dabei soll geklärt werden, welche Chance Mediation hätte, um von den Medien als eine alternative Methode zur und als alternative Haltung in der Konfliktlösung verbreitet zu werden.

3.3.3.1 Einflussfaktoren in der Berichterstattung

An der internationalen Konferenz „Medien im Konflikt – Mittäter oder Mediatoren“ vom 11. Mai 2000 in Berlin³⁴ wurde hauptsächlich die Rolle von Journalisten und Journalistinnen bei politischen Konfrontationen und gesellschaftlichen Konflikten analysiert. Dabei kam auch zum Vorschein, welche Kriterien in der Berichterstattung diese Rolle massgeblich beeinflussen. Solche Kriterien sind wichtige Faktoren auch in anderen Bereichen, wie es der Fall ist bei der Implementierung der Mediation.

Unabhängige Medien sind mit der Funktionsfähigkeit demokratischer Strukturen aufs Engste verknüpft. Sie garantieren eine pluralistische Meinungsbildung und tragen somit zu sozialer Gerechtigkeit bei³⁵. Einige der Kriterien, die zurzeit zu Schwierigkeiten bei der Ausübung dieser Funktion führen, werden hier

³⁴ McGoldrick, A., Zint, M., Siebert, H. u. a. m. *Medien im Konflikt – Mittäter oder Mediatoren?*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachstelle Eine Welt Medien, Gemeinschaft Evangelische Publizistik und der Deutschen UNESCO-Kommission, Bonn 2000

³⁵ dito, S. 9 - 12

aufgelistet:

- Aufgrund von Neuerungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie sieht sich besonders die professionelle Krisenberichtserstattung mit neuen Herausforderungen konfrontiert: Die Geschwindigkeit, mit welcher eine Nachricht weitergeleitet werden kann, verhindert die differenzierte Auseinandersetzung und Vertiefung derselben: *„Das Tempo der globalen Berichterstattung nimmt zu, gleichzeitig nimmt die Bereitschaft ab, Komplexität darzustellen.“* (Mikich, 2000)³⁶
- Die Globalisierung der Medien hat in der letzten Zeit zu einem Kampf um die Information geführt. Der finanzielle und politische Nutzen spielt eine wichtige Rolle. *„Der Konflikt ist eine journalistische <Ware> und wird als solche behandelt.“* (Husi, 2006)³⁷
- Medien werden immer häufiger und gezielter von den verschiedenen Parteien instrumentalisiert. Zusammenhänge werden zu wenig gewichtet.
- Sensationalistische Darstellungsformen tragen zur Verharmlosung und somit zur Rechtfertigung von Gewalt bei.
- Eine ökonomisch motivierte Zensur schränkt die Meinungsvielfalt trotz einer zunehmenden Menge an Informationen ein. Dies führt oft zu einer problematischen Verzerrung der Realität.
- Die Freiheit der Medien ist heute hauptsächlich durch ökonomische Zwänge bedroht. Auflagen und Einschaltquoten sind erschwerende Faktoren.³⁸
- Das eigene Ethos von Journalisten und Journalistinnen beeinflusst zwangsläufig die Berichterstattung. Das „Big-O“ (Objektivität) wird dadurch relativiert.³⁹ Eine ethische Grundhaltung muss aber erst entwickelt werden. Das Farbekennen gegenüber Menschlichkeit und Unmenschlichkeit darf nicht vermieden werden. Objektivität

³⁶ Mikich, Sonja, *Über Diskussion post festum in Medien im Konflikt – Mittäter oder Mediatoren?*, dito, S. 95

³⁷ Husi, Jean-Pierre, Mitglieder der Stiftungsrat der Fondation Hirondele, *Zur Rolle der Medien im Konflikt* in <http://www.hirondelle.org/hirondelle.nsf/0/b972c733b4561e40c1257109004f16ed?OpenDocument>

³⁸ Zint, Martin, *Zur Rolle von Medien in Konflikten* in *Medien im Konflikt – Mittäter oder Mediatoren?*, dito, S. 25 - 30

³⁹ Siebert, Hannes, *Debunking the „Big O“* und Mikich, Sonja, *Über die Diskussion post festum* in *Medien im Konflikt – Mittäter oder Mediatoren?*, dito, S. 31 – 33 und S. 95 - 100

heisst nicht Neutralität. Vor diesem Hintergrund werden Weiterbildung und kollektive Reflexion immer wichtiger.

- In den letzten Jahren ist die Zahl von Journalisten und Journalistinnen gewachsen, die den Beruf ergreifen ohne ihn wirklich erlernt zu haben („Quereinsteiger“).
- Nicht nur die Medien haben eine Verantwortung in der Berichterstattung. Das Verhalten der Medienkonsumenten spielt hier auch eine Rolle, ob sie eine ausgewogene Presse fordern oder nicht, und ob sie sich darum kümmern, verschiedene Ansichten zum gleichen Fall einzuholen oder eben nicht. Bildungsunabhängig besteht zunehmend auch hier die Tendenz eines passiven Konsumverhaltens.⁴⁰

3.3.3.2 Kriterien für Medien im Umgang mit Konflikten

Gleichzeitig wird in diesem Bericht der Konferenz vom 11. Mai 2000 in Berlin dargestellt, unter welchen Kriterien die Medien zur Deeskalation und zur Friedensförderung beitragen können. Gestützt auf Johan Galtung⁴¹ werden diese Merkmale aufgelistet und einander gegenüber gestellt.

Friedens-Journalismus ist	Hass-Journalismus ist
<p>1. Friedens- und Konfliktorientiert, d.h.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Konfliktentstehung und Konfliktparteien, ihre Ziele und deren Folgen werden untersucht. Der Ansatz ist win-win orientiert. • da Ursachen und Folgen vielschichtig und auch in der Geschichte und Kultur zu suchen sind, behandelt viel Zeit und Raum. • macht Konflikte transparent. 	<p>1. Kriegs- und Gewaltorientiert, d.h.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Konfliktaustragung, Polarisierung und Sieg werden dargestellt. Nullsummenorientierung. • behandelt begrenzt Zeit und Raum, so wie Ursachen nach dem Motto: Wer warf den ersten Stein? • der Krieg wird undurchsichtig und

⁴⁰ Bergwanger, Dietrich, *Medienförderung in der Dritten Welt*, in . *Medien im Konflikt – Mittäter oder Mediatoren?*, dito, S. 109 - 114

⁴¹ Galtung, Johan, *low road – high road*, in Track Two, Vierteljahresschrift des Centre for conflict resolution and the media peace centre, c/o UCT, Südafrika, 1998, in Zint, Martin, *Zur Rolle von Medien in Konflikten*, in *Medienförderung in der Dritten Welt*, in . *Medien im Konflikt – Mittäter oder Mediatoren?*, dito, S. 29

<ul style="list-style-type: none">• alle Seiten erhalten eine Stimme, ihre Anliegen werden verstanden.• Konflikt/Krieg wird als Problem dargestellt, kreative Lösungen werden behandelt.• alle Seiten behalten die Menschlichkeit, egal wie schlimm die Waffen sind.• es wird pro-aktiv berichtet, d.h. bevor es zu Gewalt kommt.• unsichtbare Kriegsformen (Traumatisierung und Verherrlichung, Zerstörung von Strukturen) werden sichtbar gemacht. <p>2. Wahrheitsorientiert, d.h.</p> <ul style="list-style-type: none">• die Lügen aller Seiten werden dargestellt.• Verschleierungslügen werden aufgedeckt. <p>3. Volksorientiert, d.h.</p> <ul style="list-style-type: none">• das Leiden aller wird gezeigt: der Frauen, Alten, Kinder, sie bekommen eine Stimme.• alle Übeltäter werden benannt.• Friedensmacher im Volk werden ausfindig gemacht. <p>4. Lösungsorientiert, d.h.</p> <ul style="list-style-type: none">• Frieden wird als Gewaltfreiheit und Kreativität verstanden.• Friedensinitiativen werden herausgestellt, um neue Kriege zu verhindern.• Strukturen, Kultur und friedliche Gesellschaft werden prioritär behandelt.• es wird über die Folgen des Krieges berichtet: Lösung, Wiederaufbau, Versöhnung.	<p>geheimnisvoll gemacht.</p> <ul style="list-style-type: none">• Journalismus „von uns“ wird von dem „der Anderen“ unterschieden („Propaganda“)• die „Anderen“ werden als Problem gesehen, die Erfolgreichen des Krieges werden besonders gehandelt.• die „Anderen“ werden entmenschlicht, egal wie schlimm die Waffen sind.• es wird reaktiv berichtet, d.h. erst nachdem Gewalt ausgebrochen ist.• sichtbare Folgen der Gewalt (Zahl der Toten und Verletzten, Materialverluste) werden dargestellt. <p>2. Propagandaorientiert, d.h.</p> <ul style="list-style-type: none">• die Lügen der „Anderen“ werden dargestellt.• Verschleierung der „Anderen“ werden aufgedeckt. <p>3. Elitenorientiert, d.h.</p> <ul style="list-style-type: none">• „unser“ Leiden wird gezeigt und die männliche Elite wird erwähnt.• „deren“ Übeltäter werden erwähnt.• Friedensstifter der Elite werden vorgestellt. <p>4. Ergebnisorientiert, d.h.</p> <ul style="list-style-type: none">• Frieden wird als Sieg, Niederlage und Waffenstillstand verstanden.• Friedensinitiativen werden verheimlicht, solange kein Ergebnis in Sicht ist.• auf Abkommen, Institutionen, die kontrollierte Gesellschaft konzentriert.• es wird über die Folgen dann berichtet, wenn der Krieg wieder aufflammt.
---	--

Die hier aufgeführten Kriterien des Friedens-Journalismus weisen viele Parallelen zu den Prinzipien der mediativen Haltung auf, wie unter anderem von Christoph Besemer⁴² aufgeführt. In der Mediation werden die Konflikte als Chance wahrgenommen, um durch einen Klärungsprozess friedensfördernde Massnahmen zu erlangen. Auch wenn die Parteien nicht zu einer Einigung kommen, werden die Akzeptanz dieser Divergenz und der trotzdem bleibende Respekt gegenüber dem Anderen als Erfolg angeschaut. In der Mediation werden die Sichtweisen aller am Konflikt Beteiligten berücksichtigt. Verschleierungsversuche werden thematisiert, Schuldzuweisungen umformuliert. Die Parteien können sich aus einer neuen Perspektive mit ihren Anliegen und Sorgen einbringen. Das Verfahren der Mediation strebt an, Machtgefälle (Alter, Gender, Position) auszugleichen. Mediation ist ressourcen- und lösungsorientiert, auch wenn das nicht heisst, dass eine Lösung zwingend erzielt werden muss. Nicht die Aufarbeitung der Vergangenheit, sondern die Gestaltung der Zukunft will Mediation im Fokus behalten, indem sie für die Erarbeitung einer einvernehmlichen Lösung durch die Parteien einsteht. In diesem Zusammenhang könnte die Liste von Galtung im Punkt 4 um einen Satz erweitert werden:

- alternative Konfliktlösungsansätze werden in ihrer Potentialität bekannt gemacht und, falls eingesetzt, post festum dargestellt.

Im oben erwähnten Bericht werden weitere Kriterien aufgezeigt, die wesentlich für den Aufbau einer professionellen Berichterstattung sind und die dadurch befähigt wird, eine mediative (wenngleich nicht als Mediator / Mediatorin) Rolle in unserer Gesellschaft einzunehmen. Ein besonderer Platz wird der Ausbildung von Journalisten und Journalistinnen und deren kontinuierlichen Weiterbildung beigemessen. Sie sollen nichts anderes als „ihren Job machen“, denn die eigentliche Berufsausbildung verfüge gemäss Aussage von Zint⁴³ über genügend Instrumente für eine friedensfördernde Ausübung des Berufes. Aber dieser „Job“ müsse richtig erlernt und reflektiert werden.

⁴² Besemer, Christoph, *Mediation, Vermittlung in Konflikten*, Stiftung Gewaltfreies Leben, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden, 2003, S. 33 - 37

⁴³ Zint, Martin, *Zur Rolle von Medien in Konflikten*, in *Medienförderung in der Dritten Welt*, in *Medien im Konflikt – Mittäter oder Mediatoren?*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachstelle Eine Welt Medien, Gemeinschaft Evangelische Publizistik und der Deutschen UNESCO-Kommission, Bonn 2000, S. 26

Warum denn also nicht gerade hier eine Zusammenarbeit anstreben, welche das Verstehen und die Einführung von neuen Konfliktlösungsansätzen in unserer Gesellschaft geradezu fördert?

3.3.3.3 Zwei Beispiele kurz erwähnt: die Flughafenmediation in Zürich und die Mediation bei Swissmetall in Reconvilier

Zwei Beispiele sollen hier kurz erwähnt werden, die zeigen, wie die Berichterstattung in der Schweiz bisher nicht gerade förderlich für die Einführung der Mediation war. Das erste ist die Mediation um den Flughafen in Zürich. Es war im Oktober 2003, als eine bevorstehende Mediation zum ersten Mal eine solche Resonanz in den Medien erhielt. Das Wort „Mediation“ war damals kaum bekannt und wurde noch oft mit dem Wort „Meditation“ verwechselt. Die Tatsache, dass das Verfahren durch Bundesrat Moritz Leuenberger bekannt gemacht wurde, verhalf diesem zu grösserer Akzeptanz bei der Bevölkerung, wenn auch nicht unbedingt bei den unmittelbar Betroffenen. Über Monate waren die Nachrichten der Massenmedien (Nachrichten am Schweizer Fernsehen, SF DRS) sehr widersprüchlich. Sie sprachen von der Mediation, wo gar keine angefangen hatte. Noch heute wissen viele Leute nicht, dass im Juli 2004 nicht die Mediation gescheitert ist, sondern dass überhaupt keine Entscheidung von den Konfliktparteien erzielt werden konnte, eine solche zu starten.⁴⁴ Nur ein lokales Blatt berichtete Tatsachen bezogen, Das Zürcher Unterland Medienblatt.⁴⁵

Das zweite Beispiel betrifft die so genannte Mediation bei Swissmetall zwischen der Belegschaft (vertreten durch die Gewerkschaft UNIA) und der Konzernleitung. Bereits im November 2004 leitete die Berner Regierungsrätin Elisabeth Zölch ein Mediationsverfahren ein. Die Presse schrieb: „*Keine Entspannung trotz Mediation*“, „*Lösungsansätze unklar*“ (Berner Zeitung, 24.11.2004)⁴⁶ Im Juni 2006 begann die zweite Mediation geleitet von „*Mediator*

⁴⁴ http://www.swisspolitics.org/de/news/index.php?page=dossiers_inhalt_media&dossier_id=31

⁴⁵ <http://www.zuonline.ch/archiv/treffer.cfm>

⁴⁶ http://www.espace.ch/artikel_8838.html

Rolf Bloch“. Gemäss Presseberichte harzte es hier nicht weniger stark: „*Rickenbacher – Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Bern, appelliert an Konfliktparteien*“, „*Keine Einigung bei Swissmetal: Belegschaft akzeptiert ausgehandelte Lösung nicht*“, „*War Swissmetal-Streik illegal?*“ Die Mediation wurde abgeschlossen, der Kampf geht jedoch weiter. (Bund, 27.01.2007)⁴⁷ Swissmetal hat eine Schadenersatzklage in Millionenhöhe gegen die Gewerkschaft UNIA angekündigt. Was die Mediation erreichte oder hätte erreichen können, ist unklar, darüber wird nichts Genaueres geschrieben.

Diese zwei Beispiele zeigen, wie die Presse ihren eigenen Fokus in der Berichterstattung setzt und dieser zielt nicht unbedingt auf die Verbreitung von mediativen Lösungsansätzen.

Gestützt auf die Erkenntnis, dass friedensfördernder Journalismus etwas mit der Entscheidung zu tun hat, wie über etwas berichtet wird und in Anbetracht der erschwerenden Umstände, mit denen sich die Berichterstattung auseinandersetzen hat, erscheint es der Autorin wichtig, die Entscheidung der Verbreitung einer Kultur der Mediation nicht dem Zufall zu überlassen. Die Mitwirkung von Schlüsselpersonen und Organisationen ist hier gefragt, wenn es darum geht, ob und wie über Mediation bzw. Mediationsverfahren berichtet wird. Auch keine Nachricht ist eine Nachricht – und zwar nicht immer eine gute. Es lässt Raum für Interpretationen und Projektionen, welche dann gegenüber einer Öffnung fürs Neue eher hinderlich sind und sogar eine Abweisung legitimieren. Faszinierend erscheint dabei die Unterscheidung von Galtung zwischen einer pro-aktiven Presse und einer re-aktiven. Die erste Art der Berichterstattung zeigt sich als ein viel versprechendes Vehikel zu einer win-win Gesellschaft. Aktionen haben bekanntlich jedoch mit einem Subjekt zu tun, das diese Aktion durchführt.

Somit bleibt auch hier die Frage offen, „wer“ die Entscheidung trifft, ob weiterhin nur „reaktiv“ und sporadisch über Mediation gesprochen wird, und dies zum Teil von Personen, die darüber nicht allzuviel wissen, oder aber, ob es kompetente

⁴⁷ http://www.espace.ch/artikel_8838.html

Leute als ihre Aufgabe ansehen, in einer pro-aktiven Haltung und differenziert über Mediation zu informieren.

3.3.4 Die Rolle von Institutionen

Zum Schluss dieses ersten Teils der Arbeit wird die Rolle von Institutionen, die mit Mediation zu tun haben, auf die Frage untersucht, wie sie ihre Aufgabe bei der Verbreitung der Mediation verstehen. Wie eingehend bereits erläutert, werden darunter sowohl das Zustandekommen konkreter Mediationsprozesse gemeint, wie auch die Bekanntmachung in der Bevölkerung, was Mediation ist und was nicht (die Verbreitung der Kultur der Mediation). Die Entwicklung einer mediativen Haltung in unserer Gesellschaft wäre ein weitläufiges Ziel, das aber nicht vorausgesetzt werden kann.

Die Wahl solcher Institutionen fiel auf zwei wichtige Ausbildungsstätten im Kanton Bern, die jedoch nicht nur von Berner Adressaten besucht werden:

- das Kompetenzzentrum für Mediation und Konfliktmanagement (KPZ) an der Hochschule für Sozialarbeit in Bern, und
- COPRET (Conflict Prevention and Transformation), die Sektion der DEZA (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit) im EDA (Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten), die in Zusammenarbeit mit Inmedio (D) eine weitere Ausbildung in Mediation in der Schweiz anbieten.

Beide Institutionen haben eine interdisziplinäre, modulare und vom Schweizerischen Dachverband für Mediation SDM-FSM anerkannte Ausbildung aufgebaut. Das KPZ bietet zurzeit Ausbildungen in Mediation und in Case Management an. Die Mediationsausbildung ist in einen Zertifikatslehrgang und einen Master of Advanced Studies (MAS) aufgeteilt⁴⁸. Ausserdem bietet das KPZ die Vermittlung von Mediatorinnen und Mediatoren für die Durchführung von Mediationen an und beteiligt sich an Forschungsarbeiten gemäss Anfragen.

Das COPRET bietet eine vergleichbare Ausbildung auf dem Niveau des Zertifikatslehrgangs an. Die Lehrkräfte sind zum Teil die selben. Beide Institutionen arbeiten mit Inmedio zusammen, einer weiteren Ausbildungsanbieterin aus Deutschland. Speziell bei COPRET ist die spezifische Ausrichtung auf einen Einsatz im Ausland in Teilen der Module. Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Ausbildung sind oft Mitarbeiter der DEZA. Mit ihren Erfahrungen aus dem Einsatzfeld tragen sie zur Einbeziehung, Verständigung und Berücksichtigung transkultureller Elemente bei.

Ergänzend zu diesen zwei Institutionen, die Ausbildungen anbieten, wurden auf dieselbe Frage untersucht:

- der Schweizerische Dachverband Mediation (SDM), und
- der Schweizerische Verein für Mediation (SVM).

Beide Organisationen verstehen sich als Vertreterinnen der Interessen von Mediator /innen und als Ausbildungsstätten für Mediation, letztere jedoch speziell für Familien-Mediation. Der SVM wurde 1992 als erster Verein für Familienmediation gegründet. Sechs Jahre später öffnete sich der Verein für Mediatorinnen und Mediatoren aus allen Anwendungsbereichen, Schwerpunkt blieb jedoch die Familienmediation. Aus diesem Grund konnten und wollten sich nicht alle Mediatorinnen und Mediatoren mit diesem Verein als Dachorganisation identifizieren. 2002 wurde der Schweizerische Dachverband Mediation gegründet, um die übergeordneten Interessen aller Mediatorinnen und Mediatoren der Schweiz vertreten zu können. Durch die wahrgenommene Zusammenarbeit ist es gelungen, dass der SVM⁴⁹ seine ursprünglichen Ziele als Dachverband aufgab und nun selber Mitglied des SDM wurde. Dadurch wurde eine Aufsplitterung der Mediationsszene vermieden.

Die Fragestellung ist kein Vergleich unter ungleichen Institutionen, sondern die Untersuchung, welche Organisation die Aufgabe der Verbreitung der Mediation eher als ihre Mission ansieht und wie sie diese Aufgabe versteht.

⁴⁸ http://www.fachhochschulen.net/FH/Studium/MAS_Mediation_2432.htm

⁴⁹ Galli-Widmer, Marianne, *Interdisziplinarität: Eine Chance in der Verbandorganisation Schweiz*, in *Perspektive mediation*, Verlag Österreich GmbH, Wien 2007/1, S. 17, 29 und 30

Zu diesem Zweck wurden die Unterlagen der jeweiligen Institutionen untersucht. Es folgt eine Zusammenfassung.

3.3.4.1 Das Kompetenzzentrum für Mediation und Konfliktmanagement (KPZ)

Das KPZ in Bern verfügt über eine gut ausgearbeitete Website. Diese gibt Auskunft über Zweck und Nutzen von alternativen Konfliktlösungsansätzen, über den Aufbau der modularen Ausbildung und sogar über die Karrierechancen der Studierenden, die Ausbildung später zu gebrauchen.

Ein konkretes Engagement zur Einführung der Mediation wird dort jedoch nicht beschrieben. Aus diesem Grunde wurde Yvonne Hofstetter, Leiterin des Kompetenzzentrums, per Mail kontaktiert und nach einem Leitbild oder eventuell vorhandenen Richtlinien gefragt, welche eine solche Aufgabe vorsehen würden. Aus diesem Mail entstand die folgende Information: Das Kompetenzzentrum verstehe sich als führender Anbieter von Weiterbildung und Dienstleistungen im Bereich Konfliktbearbeitung und Mediation in der Deutschschweiz und sei bestrebt, die drei Elemente des erweiterten Fachhochschulauftrages zu erfüllen: Lehre – Forschung – Entwicklung. Das Kompetenzzentrum sehe in dieser Aufgabe gleichzeitig die Möglichkeit, gesellschaftlich wirksam zu sein. Darüber hinaus werde ein grösserer Effekt in der Verbreitung der Mediation bei den Absolventinnen und Absolventen der Ausbildung selber gesehen, die dann die Haltung und Möglichkeiten der Mediation in der Gesellschaft verbreiten. Nicht alle Studierenden absolvieren die Ausbildung mit dem Ziel, eine Mediationspraxis zu führen, wenden jedoch die erlernten mediativen Elemente in ihren jeweiligen Berufsfeldern an. Dies führe dazu, *„dass der Gedanke der Redelelegation der Verantwortung an die Betroffenen, des Empowerments und der Integration von Bedürfnissen und Interessen anstelle einer kompetitiven Auffassung im Umgang mit Konflikten in unterschiedlichen beruflichen und gesellschaftlichen Kontexten zum Tragen kommen.“*⁵⁰

⁵⁰ Hofstetter, Yvonne, Professorin der KPZ, in Mail von 2. Februar 2007

3.3.4.2 Die Sektion Conflict Prevention and Transformation (COPRET) der DEZA

Aus den Ausbildungsunterlagen von COPRET / DEZA konnte auch keine nähere Information bezüglich eines konkreten Vorgehens zur Einführung der Mediation gewonnen werden. Eingehend wird in diesen Unterlagen folgendes festgehalten: *„Mediation hat sich in den letzten Jahren als Verfahren der konstruktiven Konfliktbearbeitung sowohl im wirtschaftlichen, öffentlichen und privaten Bereich als auch in der Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung zunehmend etabliert.“*⁵¹

Dass dies so nicht der Fall ist, können viele Studierende bezeugen, die über lange Zeit nach einem Fall suchen, um ihre Abschlussarbeiten zu schreiben. Bereits zertifizierte Mediatoren und Mediatorinnen können weiter darüber berichten, dass die Einführung von Mediation in den herkömmlichen Berufsfeldern nicht immer willkommen ist. Zu gross sind die Ängste aufgrund der Bilder, die fälschlicherweise durch keine oder schlechte Information entstanden sind. „Mediativ“ arbeiten viele – diese Haltung will nicht mehr aufgegeben werden – aber darüber zu sprechen, davor werden sich die meisten hüten (mehr dazu in den Schlussfolgerungen).

Diese Tatsachen auf der Ebene der Umsetzung stehen in grosser Diskrepanz zur weiteren Beschreibung der DEZA-Broschüre über das Nachdiplom. Mediatoren und Mediatorinnen, die diese Ausbildung durchlaufen haben, wissen auch, dass die darin vorhandenen Lernziele keine leeren Versprechungen sind. Mit ausgezeichneten Lehrpersonen (z. T. sind sie die gleichen wie beim KPZ) und auf fachlich kompetente und kreative Art und Weise werden die Methoden und Techniken erworben. In intensiven und reflektierenden Auseinandersetzungen wird die eigene Rolle und Haltung erkannt, erweitert und gezielt neu ausgerichtet. An Konfliktfällen aus der Berufspraxis fehlt es nicht. Ihre virtuelle Aufarbeitung lässt die Hoffnung aufkommen, „das nächste Mal werde es gewiss anders laufen“. Dabei wird beim nächsten Mal die Rolle des frisch gebackenen Mediators oft derjenigen

⁵¹ COPRET, DEZA, inmedio, "Modulare Ausbildung Mediation - Oktober 2006 bis April 2008" Ausbildungsunterlagen

eines Gladiators ähnlich, der an zwei Fronten kämpfen muss: gegenüber der Bürokratie der Organisation, die a priori eigentlich keine Neuerungen wünscht („das Einhalten der hierarchischen Vorgehensweisen habe es bisher auch getan“), und gegenüber der meistens (noch) nicht vorhandenen Bereitschaft der Konfliktpartei(en), eine Lösung mit einer alternativen Methode zu erarbeiten, die sie ohnehin nicht kennen. Ergänzende Strategien, um solche Situationen zu meistern, fehlen zurzeit noch weitgehend, sowohl im Prospekt wie auch während der Ausbildung, und zwar im Angebot beider Institutionen. Dies wird festgehalten, wenn die Rede davon sein soll, dass Absolventinnen und Absolventen eine solche Aufgabe bei der Einführung bzw. Verbreitung der Mediation wahrnehmen sollten/könnten. Hingegen muss den Ausbildungsstätten attestiert werden, dass sie sich in der Entwicklung eines hoch stehenden Ausbildungsangebots und als Hüterinnen von international anerkannten Standards hervorragend etabliert haben. Darin sehen sie ihre Hauptaufgabe.

3.3.4.3 Der Schweizerische Dachverband Mediation (SDM)

Der SDM hingegen verfügt in seinen Statuten und im Leitbild über klar definierte Ziele, was die Verbreitung der Mediation anbelangt. So heisst es in den Statuten unter Punkt 3, Zweck des Vereins:

„Art. 3

Der „Schweizerische Dachverband Mediation“ (SDM) will Mediation in der ganzen Schweiz und in allen gesellschaftlichen Bereichen fördern und damit einen entscheidenden Beitrag zu einer konstruktiven und kooperativen Streitkultur leisten.

Er setzt sich für die gemeinsamen Interessen seiner Mitgliederorganisationen dadurch ein, dass er Mediation in der Öffentlichkeit bekannt macht, zur Förderung und Etablierung der Mediation in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Familie beiträgt, für Qualität in der Mediationsausbildung und –ausübung eintritt, den Austausch und die Vernetzung in und zwischen seinen Mitgliederorganisationen ermöglicht, den internationalen Dialog pflegt sowie die Interessen seiner Mitgliederorganisationen gegenüber den Behörden vertritt.“⁵²

⁵² <http://www.infomediation.ch>

3.3.4.4 Der Schweizerische Verein für Mediation (SVM)

So heisst es u.a. auch in den Statuten des SVM in Art. 3, Ziele:

„Die Ziele des Vereins sind:

*a. die Förderung der Mediation, speziell der Familienmediation*⁵³

Auf der Hauptseite der Web-Site steht geschrieben, dass diese Förderung gesamtschweizerisch zu verstehen sei. Der SVM habe als Ziel, *„die vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und die Familienmediation in der Schweiz bekannt zu machen und anzuwenden.“*⁵⁴ Ausserdem verfügt der SVM gemäss Statuten, Art. 6, c.c., über eine Kommission für Öffentlichkeitsarbeit.

Somit wären zwei Organisationen gefunden worden, die sich offiziell für die Verbreitung der Mediation in der hiesigen Gesellschaft aussprechen und dies sogar als eines ihrer Ziele formulieren. Beide Organisationen gelten als Schlüsselorganisationen hierzulande, was ihnen aufgrund ihrer Position eine besondere Rolle zukommen lässt, obwohl der SVM selber eigentlich Mitglied des SMD ist.

3.3.4.5 Weitere Organisationen

Weitere Organisationen in der Schweiz, die sich zu einer solchen Aufgabe bekennen, werden im neusten Heft des Schweizerischen Dachverbands Mediation „Perspektive Mediation“ (2007/1) vorgestellt. Zwar äussern sich Vertreter /innen dieser Organisationen zu ihren kurz- und langfristigen Zielen betreffend Förderung der Akzeptanz der Mediation im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich, die meisten der dargestellten Tätigkeiten betreffen jedoch eher einen Austausch unter Mediatoren und Mediatorinnen. Selten werden konkretere Schritte beschrieben, weder in diesem Heft, noch auf den Websites der Organisationen, wie Mediation beim durchschnittlichen Bürger, bei der durchschnittlichen Bürgerin eingeführt

⁵³ http://www.mediation-svm.ch/svm_statut.php

⁵⁴ <http://www.mediation-svm.ch/svm.php>

werden könnte. Gedacht wird hier vor allem an Mediation in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Familie (keine Scheidungsmediation), wo bekanntlich viele Konflikte lauern und wo die Ausbreitung einer Kultur der Mediation einen Beitrag zur Konfliktlösung und zur Bildung eigener Verantwortung darstellen könnte.

Weiter wird im oben erwähnten Heft auch über Zusammenschlüsse berichtet, die über die Schweizer Grenze hinaus gehen, deren Austausch und Zusammenarbeit auch hier eine positive Auswirkung bei der Verbreitung der Mediation haben könnten⁵⁵.

3.4 Zusammenfassung des theoretischen Teils

Im gesamten theoretischen Teil dieser Arbeit konnte das Thema des Widerstandes behandelt werden, der bei der Einführung der Mediation hierzulande sichtbar ist. Die Komplexität der Thematik und das Ineinanderwirken der verschiedenen Ebene wurden dargelegt.

Die Lern- und sozialpsychologischen Theorien zeigten auf, dass der Widerstand gegenüber dem Wechsel oder gegenüber dem Fremd-bestimmt-werden bei der Einführung von neuen Methoden etwas völlig Natürliches und Vorausschbares ist. Da kann eine Begeisterung bei der Implementierung der Mediation, und möge sie ein noch so viel versprechendes Verfahren sein, gar nicht vorausgesetzt werden. Damit ist die erste Frage dieser Arbeit beantwortet. Will neues eingeführt werden, so braucht es vielmehr eine strategisch geplante und behutsame Vorgehensweise, die auf der Basis der Vertrauensbildung und Partizipation aufbaut. Weiter muss die Pluralität innerhalb dieses Prozesses berücksichtigt werden, denn nicht alle Leute reagieren gleich gegenüber dem

⁵⁵Einige Organisationen werden hier aufgelistet:

- Internationale Vereinigung für Konfliktmanagement und Mediation, (Schweiz, Deutschland, Österreich) IVKM, Homepage: <http://www.ivkm.info/index.htm>
- GEMME-Schweiz: Richtervereinigung für die Mediation, Homepage: <http://www.gemme.ch>
- Institut für Mediation, IfM, (Schweiz), Homepage: <http://www.ifm-suisse.ch>
- Mediationsforum Schweiz FH, Homepage: <http://ww.mediationsforum.ch>
- European Mediation Network Development Initiative, Homepage: <http://www.europemediation.eu>
- World Mediation Forum WMF, Homepage: <http://www.worldmediationforum.org> oder <http://www.mediate.com/world/>

Wechsel, d.h. im konkreten Fall der Mediation gegenüber der Einführung einer neuen Disziplin zur Konfliktbearbeitung. Der Kontext, in dem dies geschieht, spielt auch eine Rolle. Die Bedeutung von Vertrautem und Erprobtem für die einzelne Person ebenfalls. Der Grundsatz der Loyalität ist zentral und emotional konnotiert. Ansatzweise könnte damit sogar erklärt werden, warum die Einführung der Mediation in der Deutschschweiz bisher anders gelaufen ist als in der französischen Schweiz. Dies würde jedoch eine kollektive, regional geprägte Identität implizieren, was Gegenstand einer genaueren Analyse sein müsste, was wiederum den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Ausserdem könnte eine solche Untersuchung die bereits bestehenden Divergenzen à la „Röstigraben“ unter Umständen noch mehr zementieren, was niemandem nützen würde und am allerwenigsten dem Image der Mediation. Ohne diese Unterschiede zu negieren bleibt also die Fragestellung in dieser Arbeit die Ergründung, wie die Einführung der Mediation in der Deutschschweiz besser vorangetrieben werden kann. Es sind die gleichen sozialpsychologischen Theorien, welche auch die Strategien zur Vermeidung von oder im Umgang mit Widerstand liefern. Einige davon wurden bereits von Autoren der Mediation aufgegriffen und weiter entwickelt, wie im Fall von William Ury in seinem Buch „*Getting past no*“ (1993). Unter Berücksichtigung dieser Faktoren könnte die Einführung der Mediation eine grössere Chance haben, wie in der zweiten Frage dieser Arbeit formuliert.

Nicht nur im Mikro-Bereich Mensch sondern auch im Makro-Bereich Politik wird eine abweisende Reaktion sichtbar. Nach einem ersten positiven Schritt, der mit dem Inkrafttreten der neuen Jugendstrafprozessordnung per 01.01.2007 (dort ist Mediation vorgesehen) sichtbar wurde, folgte am 08.12.2006 jedoch die Ablehnung der Artikel zur Mediation in der gesamtschweizerischen Strafprozessordnung: der Entwurf wurde vom Ständerat mit 19 zu 10 Stimmen abgelehnt. Eine Annahme der vorgesehenen Artikel im Gesetz durch den Nationalrat erscheint als eher unwahrscheinlich. Ist dies jedoch der Fall, müsste in einem so genannten Differenzbereinigungsverfahren ein Konsens bzw. eine Teillösung gefunden werden. Bei einer Ablehnung ist es dann auf Bundesebene definitiv vorbei. Zwar können die einzelnen Kantone auch dann weiterhin selber entscheiden, ob sie Mediation anwenden wollen oder nicht, bereits im

vergangenen Jahr wurden jedoch Töne im Berner Grossrat laut, man habe im Kanton Bern Arbitrage, Schlichtung und Vergleich; so sei der Bedarf nach weiteren ähnlichen Angeboten nicht nur nicht vorhanden, sondern koste nur unnötig viel Geld. Dies widerspiegelt allzu gut die Tatsache, wie wenig bekannt Mediation im Grunde genommen ist, auch in Bezug auf die Unterschiede und Vorteile, die sie gegenüber anderen Ansätzen zu verbuchen hätte. Die Perspektiven einer gesetzlichen Verankerung der Mediation in der Zivilprozessordnung scheinen nicht besser zu sein. Anfangs Februar 2007 strich die vorberatende Kommission des Ständerats den gesamten Titel zur Mediation im Entwurf vom 28.06.2006. Im Juli oder September wird der Ständerat dazu Stellung nehmen, später dann der Nationalrat. Ein kleiner Trost ist die Erkenntnis, dass auch andere Länder Europas diesen Weg gegangen sind und noch gehen müssen. Die Schweiz scheint da keine Ausnahme zu sein. Gleichzeitig kann aber in anderen Ländern beobachtet werden, dass erst durch die Verankerung der Mediation im Gesetz – auf welcher Ebene auch immer – eine gewisse Etablierung der Mediation in der Gesellschaft stattfand. Solche Umstände würden auch hier einer Implementierung der Kultur der Mediation helfen.

Eine Verbreitung der Mediation durch die Medien findet zurzeit nicht gerade statt. Nur wenige Journalisten wissen, was Mediation genau ist. Konflikte sind auch in der Schweiz eine begehrte Ware. Die beiden Mediationen, die von den Medien erwähnt wurden, waren nicht gerade „Vorzeigefälle“. Die wenigsten Leute wissen, dass z.B. im Fall von Zürich die Mediation überhaupt nicht gestartet werden konnte. Die Medien sprachen jedoch von einer „gescheiterten Mediation“. So auch in der Mediation bei Swissmetal. Es wurde für den normalen Bürger, für die normale Bürgerin nicht fassbar, was durch die Mediation konkret hätte erreicht werden können und warum dies nicht der Fall war. Auch hier besteht Erklärungsbedarf.

Die Ausbildungsorganisationen in der Schweiz, die mit Mediation zu tun haben, sehen ihre Aufgabe weniger darin, sich konkret für die Einführung der Mediation zu engagieren. Sie haben andere, nicht weniger wichtige Aufgaben, wie zum Beispiel das Entwickeln und Aufrechterhalten von Qualitätsstandards der

verschiedenen Lehrgänge. Die Verbände und Vereine hingegen verfügen von ihren Statuten her über die nötigen Richtlinien, um eine Implementierung der Mediation zu fördern und zu gestalten. Bisher mussten sie sich jedoch anderen Aufgaben widmen, wie z.B. dem Aufbau der eigenen Organisation, der Anerkennung von Ausbildungslehrgängen, Diplomen, usw.

Das Wissen über die vorhandenen Rahmenbedingungen lässt weiter erahnen, wie die dritte Frage dieser Arbeit bei den Schlussfolgerungen beantwortet werden könnte, nämlich, wie die Kultur der Mediation in der Deutschschweiz verbreitet werden könnte.

Nach diesem ersten, theoretischen Teil folgt eine empirische Untersuchung in den verschiedenen Bereichen Politik, Organisationen und in den eigentlichen Dienststellen für Mediation.

4 Empirischer Teil

4.1 Einführung

Es soll hier erstmals erläutert werden, wie bei der Durchführung der Interviews vorgegangen wurde.

4.1.1 Methodik

Die aus dem theoretischen Teil gewonnenen Erkenntnisse, wie im letzten Kapitel dargelegt, wurden zusammengefasst und als einleitende Ausgangslage zu den anschliessend durchgeführten Interviews vorgetragen⁵⁶. Das Interview wurde halboffen durchgeführt. Das heisst, die Autorin behielt durch zweckformulierte Fragen gewissermassen die Kontrolle über den Ablauf des Interviews, um Ausschweifungen zu vermeiden. Der Inhalt der Aussagen wurde dadurch jedoch nicht beeinflusst.

Die zwei leitenden Fragen im Interview lauteten:

- a) Wie nehmen Sie die aktuelle Entwicklung in der Einführung der Mediation hierzulande wahr?

- b) Wie könnte die Kultur der Mediation – auf welcher Ebene auch immer – besser vorangetrieben werden?

4.1.2 Verknüpfung zur Fragestellung

In beiden Fragen wurde bewusst auf eine möglichst offene Formulierung geachtet. Die befragten Personen sollten bei der ersten Frage die Möglichkeit erhalten, die eigene Wahrnehmung wiederzugeben, obwohl sie in der Thematik dieser Arbeit bereits eingeführt worden waren. In der zweiten Frage wurden sie mit dem finalen Zweck dieser Arbeit konfrontiert, nämlich die partizipative Teilnahme an der Bildung von Vorschlägen, die zu einer besseren Einführung

⁵⁶ Siehe Kopie der Vorlage zum Interview im Anhang

der Mediation beitragen könnten. Diese Frage entspricht der Formulierung bei der Fragenstellung am Anfang.

4.1.3 Zahl und Wahl der Interviewpersonen

Um den zeitlichen Rahmen nicht zu sprengen, musste die Zahl der befragten Personen klein gehalten werden. Es handelt sich also um keine quantitative Untersuchung. Es wurden insgesamt neun Personen befragt, davon fünf Frauen und vier Männer. Gleichzeitig war es ein Anliegen, ähnlich wie im theoretischen Teil, Informationen aus allen drei Ebenen zu erhalten, um das Ineinandewirken dieser Bereiche sichtbar zu machen. Es ist der Autorin gelungen, Leute für das Interview zu gewinnen, die eine bedeutende Funktion am jeweiligen Ort ausüben. Aus diesem Grunde kann von einer qualitativen Untersuchung gesprochen werden.

Bedingt durch die spezifisch schweizerische Thematik wurde auf Makro- und Meso-Ebene Wert darauf gelegt, allein Personen aus der Schweiz zu befragen. Sie kennen die hiesigen Verhältnisse am besten und sie kennen den Kontext, in dem die Implementierung der Mediation stattzufinden hat. Als Makrobereich wurde gleich wie im theoretischen Teil die Politik bezeichnet. Als Meso-Ebene, die Organisationen, die mit Mediation zu tun haben. Als Mikrobereich im empirischen Teil wurden die Dienststellen für Mediation bezeichnet. Sie sind es ja hauptsächlich, die den direkten Kontakt mit den Konfliktparteien, mit dem einzelnen Mensch haben und pflegen. Auf dieser Ebene wurde ein Vergleich gewagt. Es wurden Dienststellen für Mediation aus drei Städten Europas befragt: Turin, Bilbao und Bern. Nun wird auf die einzelnen Ebenen genauer eingegangen.

4.1.4 Die verschiedenen Ebenen

Auf der Makroebene „Politik“ konnte jeweils ein Vertreter bzw. eine Vertreterin des Stände-, Gross- und Stadtrats für das Interview gewonnen werden. Somit wurden die eidgenössische, die kantonale und die kommunale Ebene berücksichtigt. Auch wenn durch diese Vorgehensweise keinerlei Anspruch auf eine repräsentative Umfrage erhoben werden kann, ermöglicht sie dennoch

einen differenzierteren Einblick in eine regierungsspezifische Struktur, die hierzulande doch noch von Relevanz ist. Bei der Wahl der Personen aus der Politik wurde berücksichtigt, dass nicht allein Leute angefragt wurden, die Pro-Mediation eingestellt sind, sondern auch solche, die dagegen sind. Bei der dritten Person war ihre Einstellung vor dem Interview nicht bekannt.

Das gleiche Interview wurde auf der Mesoebene „Organisationen“ durchgeführt. Vertreterinnen der zwei grossen Ausbildungsanbieterinnen im Kanton Bern sowie ein Vertreter des Schweizerischen Dachverbands Mediation nahmen daran teil.

Bis auf eines wurden alle diese Interviews in Mundart geführt, dann auf Hochdeutsch transkribiert und anschliessend der Interviewperson zum Durchlesen und Redigieren gesandt. Sie sind im Anhang enthalten.

Auf der Mikroebene wurde eine Gegenüberstellung von drei vergleichbaren Dienststellen für Mediation in Europa vorgenommen:

- *dime* - Dienststelle für Mediation im Kanton Bern, Schweiz,
- Me.Dia.Re. in Torino, Italien, und
- GEUZ, in Bilbao, Euskadi/Spanien

Auch diese Dienststellen wurden zur Frage des Widerstandes bei der Einführung von Mediation und dem Umgang damit befragt, wenn auch auf konkretere Art⁵⁷, um die Operationalisierung ihrer Vorgehensweise genauer zu erforschen.

Diese Interviews wurden in der jeweiligen Sprache der Dienststelle durchgeführt (resp. Deutsch, Italienisch und Spanisch) und sind ebenfalls im Anhang enthalten. Die Wahl dieser Dienststellen hatte auch damit zu tun, dass die Autorin diese Sprachen spricht und dass sie Kontakte zu den jeweiligen Leiterinnen und Leitern hat. Massgeblich war jedoch, dass diese Dienststellen ein ähnliches Angebot haben und somit untereinander vergleichbar sind.

⁵⁷ Siehe auch Kopie dieser Vorlage im Anhang.

Nicht alle Leute wollten mit Name genannt werden. So wurde eine Kodierung der Interviews vorgenommen. IP steht für Interviewperson. Es wird gefolgt von einem Buchstaben zum entsprechenden Bereich: P für Politik, O für Organisation und D für Dienststelle. Danach folgt die Nummer der befragten Person, 1, 2 oder 3. So kann zum Beispiel unter IP P1 die entsprechende Interviewperson im Anhang gefunden werden.

Anschliessend werden die genaueren Angaben der drei Dienststellen für Mediation tabellarisch dargelegt. Dies soll beleuchten, wo eine unterschiedliche Ausrichtung bzw. unterschiedliche Rahmenbedingungen zu einem effektiveren Resultat in der Einführung von Mediation geführt haben.

Am Schluss folgt eine Zusammenfassung des gesamten empirischen Teils.

4.2 Aussagen aus der Makro-Ebene Politik

4.2.1 Zur aktuellen Entwicklung

Aus der politischen Ebene werden folgende Aussagen betreffend der Frage a) die aktuelle Entwicklung in der Einführung der Mediation hierzulande zusammengetragen⁵⁸:

4.2.1.1 Zur allgemeinen Einführung der Mediation

- In der grossen Öffentlichkeit ist Mediation nicht so präsent. Der Bekanntheitsgrad von Mediation im allgemeinen ist eher gering. (IP P2, 53 – 54, 62 – 63)
- In der Schweiz ist Mediation nicht eingeführt worden. (IP P1, 56 – 57)
- Das Verständnis darüber, was Mediation ist, ist nicht da. Das Wort wird immer wieder falsch benützt. Dies sogar von gebildeten Personen in leitenden Positionen. (IP P1 223 – 244)
- Mediation als Wort wurde in den letzten drei Jahren bekannt,

⁵⁸ Die hier befragten Personen werden als IP P1 (ein Ständerat), IP P2 (eine Grossrätin) und als IP P3 (ein Ständerat) gekennzeichnet.

inhaltlich ist jedoch nicht klar, was sie ist. (IP P1, 58 – 64)

- Von Journalisten wird Mediation als Modewort undifferenziert gebraucht und entsprechend falsch an die Leserschaft weitergegeben. (IP P1, 64 – 69)
- Oft ist zu hören, Mediation habe etwas mit Konflikten zu tun, aber das Interesse, dem nach zu gehen und sich zu informieren, was sie wirklich ist, ist nicht da. (IP P1, 60, 73)
- Vorauszusetzen, dass die Leute wissen, was Mediation ist, ist eine Illusion. (IP P1, 74)

Diese Aussagen bestätigen die Wahrnehmung der Autorin, wie sie es bei der Beschreibung der Ausgangslage darlegt. Sie sind sogar stärker und pauschaler formuliert.

4.2.1.2 Im zivil- und strafrechtlichen Bereich

- Im Familien- und Kinderrecht der Zivilprozessordnung besteht die Möglichkeit, dass Mediation eingesetzt wird. (IP P3, 189 – 208)
- Im Opferhilfegesetz ebenfalls. (IP P3, 160 – 185)
- Für Mediation braucht es eigentlich kein Gesetz. Mediation braucht man in der ganzen Gesellschaft, an sich tagtäglich. (IP P3, 226 – 239)
- In der Strafprozessordnung hat Mediation keinen Platz. Ein so kompliziertes Verfahren, wie es im Entwurf verlangt worden ist, mit der Institution, Register, Kontrolle, usw., die dafür hätte aufgebaut werden müssen, steht in keinem Verhältnis zum kleinen Anwendungsbereich im Zusammenhang mit Antragsdelikten. Bereits jetzt besteht die Möglichkeit, eine Mediation zu empfehlen. (IP P3, 250 – 265, 361 – 364)
- Im Strafrecht haben wir von Amtes wegen einen Strafverfolgungszwang. Ein Vergehen hat eine Strafe zur Folge und der Richter muss sie aussprechen. Da gibt es gar nichts zu verhandeln. Ein Officialdelikt muss verfolgt werden. Anders beim Antragsdelikt. Aber die Einsatzmöglichkeit von Mediatoren im Strafverfahren ist äusserst klein. (IP P3, 101 – 116)

- Im Fall eines Antragsdeliktes besteht ausserdem die Möglichkeit eines Vergleichs. In diesem Fall kann der Richter theoretisch auch eine Mediation empfehlen. (IP P3, 136 – 145)

Diese Aussagen stammen alle von derselben Person und würden sich bestens für ein Podiumsgespräch mit weiteren Fachpersonen eignen, die weitere Argumente und Fragen gegenüberstellen könnten. Die Aussagen sind keine eigentliche Antwort auf die gestellte Frage, sondern eine Darstellung der Rahmenbedingungen, dem Status Quo.

4.2.1.3 In weiteren Anwendungsbereichen

- Im Bereich der Scheidungsmediation ist Mediation bekannt, gut etabliert, hat ein gutes Echo. (IP P2, 54 – 62)
- Im Bereich Schule hört man von Mediation unter Schülern, von den so genannten Peace-Makers, von Workshops, die durchgeführt werden. Bei Konflikten zwischen Schülern/Lehrern/Eltern ist die Schulkommission zuständig. Diese kann sich für solche spezifischen Aufgaben weiterbilden lassen. Es wird jedoch nicht „Mediation“ genannt, beinhaltet aber viele mediative Elemente. Es gibt solche Weiterbildungsangebote für Schulkommissionen an der FHS Luzern. (IP P2, 151 – 160)
- Innerhalb von politischen Parteien ist Mediation als solche kein Thema. (IP P1, 127)
- Bei Meinungsverschiedenheiten wird aber oft eine mediative Vorgehensweise bevorzugt, um Konfrontationen zu vermeiden, oder um einen Konsens zu erreichen. Und falls dies nicht hilft, dann wird abgestimmt. (IP P2, 81 – 108)
- In der Funktion als Ständerat bin ich ab und zu als Mediator tätig. Die Vermittlungstätigkeit beschränkt sich aber nicht auf die Politik. Als Anwalt gehört dies zu einer der wichtigsten Aufgaben. Ob man diese Funktion jedoch als Mediator bezeichnet oder nicht, das ist eine andere Frage. (IP P3, 56 – 74)
- In der Fraktion wird Mediation manchmal erwähnt, um Konflikte anzugehen. In der Stadt Bern ist das kein Thema. (IP P1, 127 – 138)

- Bei einzelnen Konflikten zwischen Politikern wurde jedoch Mediation als Möglichkeit erwähnt, oder gar empfohlen, um die Differenzen beizulegen. Was daraus wurde, ob sie die Mediation tatsächlich machten, ob das was sie machten Mediation war oder nicht, ist nicht weiter bekannt. (IP P1, 139 – 145)
- Im Ständerat hat es keine solche Konfliktsituation gegeben. Klar muss in der Gruppe – im Ständerat spricht man nicht von Fraktion – manchmal ein Konsens gefunden werden. Dafür wäre der Begriff „Mediator“ jedoch zu hoch gegriffen. (IP P3, 78 – 85)
- Im Grossrat ist die Frage von gesetzlichen Rahmenbedingungen für Mediation auf kantonaler Ebene noch kein Thema. Vielleicht aber in gewissen Kommissionen. (IP P2, 125 – 127)

In diesen Anwendungsbereichen wird Mediation zwar manchmal eingesetzt, von einem Durchbruch kann jedoch in keiner Weise die Rede sein. Mediative Vorgehensweisen werden langsam bekannt und angewendet.

4.2.1.4 In Bezug auf den Markt

- Für Scheidungsmediation gibt es einen Markt. (IP P1, 103 – 104)
- In anderen Bereichen hingegen – obwohl auch Bedarf vorhanden - ist die Einführung nicht gelungen: in der Nachbarschaft, in der Politik, am Arbeitsplatz. (IP P2, 62 – 74)
- Es gibt keinen Markt für Mediation. Ausgebildete Mediator /innen bekommen kaum Fälle. Eher werden Führungcoaching, Projekt- oder Fachbegleitung, Organisationsentwicklung in Anspruch genommen. (IP P1, 81 – 105)

Diese Aussagen bestätigen das Noch-Nicht-Vorhanden-Sein eines konkreten Interesses an Mediation.

4.2.2 Betreffend Einführungsvorschlägen

In Zusammenhang mit der Frage b) wie die Einführung der Mediation besser vorangetrieben werden könnte, wurden folgende Aussagen aus der politischen Ebene zusammengetragen:

4.2.2.1 Veranstaltungen und Weiterbildungsangebote

- Weiterbildungen in dieser Richtung sollten in gewissen Kommissionen als eine Möglichkeit oder gar Notwendigkeit deklariert werden. (IP P2, 200 – 224)
- Weiterbildungen können bei Parteimitgliedern ja nicht vorausgesetzt werden. Sie haben weder das Geld noch die Zeit oder die Motivation, noch mehr „ehrenamtliche“ Aufgaben zu übernehmen. Ihr Engagement stehe bereits jetzt in keinem Verhältnis zu dem, was sie dafür erhalten (Sitzungsgelder). (IP P1, 150 – 167)
- Anlässe, wie vom Schweizerischen Dachverband im Januar 07 organisiert, sind die beste Art, Mediation einzuführen und dabei entscheidende Führungskreise zu erreichen. (IP P1, 172 – 190)
- Damit Mediation in der Schweiz eingeführt und akzeptiert wird, braucht es die Einsicht des einzelnen Bürgers, und dafür braucht es Zeit und Zugang zu Information. (IP P2, 243 – 244)

Gemäss diesen Aussagen hätte Mediation dann eine bessere Chance, wenn die Leute besser informiert wären, was sie ist und kann.

4.2.2.2 Bestehende Infrastrukturen

- Mediation soll in den verschiedenen Beratungsstellen implementiert werden: private Stellen, ähnlich wie die Therapiestellen, Opferhilfe, Sozialdienste, Ombutstellen. (IP P3, 160 – 162, 279 – 335)
- Der Dialog muss am richtigen Ort gesucht werden. Auf Beratungsebene soll Mediation implementiert werden. Dort, wo die konkreten Probleme sichtbar sind, wo man nicht weiter kommt und das Gefühl entsteht, dass eine weitere Person beigezogen werden müsste. Die Frage aber bleibt: wer zahlt? (IP P3, 327 – 330, 354 – 359)

Bestehende Stellen könnten als Ressource bei der Implementierung der Mediation genutzt werden. Dann hätte Mediation eine grössere Chance.

4.2.2.3 Öffentlichkeitsarbeit

- Mediation muss mehr Präsenz in den Medien haben. (IP P2, 244)
- Die Medien spielen dabei eine wichtige Rolle als Vermittler von Information. Sie haben einen Multiplikatoreffekt, haben Einfluss auf die Bildung der öffentlichen Meinung. (IP P2, 250 – 251)
- Öffentlichkeitsarbeit muss auch auf privater Basis anlaufen, „Mund-zu-Mund-Propaganda“. (IP P1, 198)

Die Medien scheinen eine wichtige Rolle bei der Verbreitung der Mediation in unserer Gesellschaft zu spielen.

4.2.2.4 Die Finanzierung

- Es braucht aber auch Geld aus der öffentlichen Hand für konkrete Projekte (zum Beispiel im Jugendbereich), statt für repressive Massnahmen. „*Theorie allein nützt und verändert nichts*“. (IP P2, 252 – 259)
- Mediationsprojekte im Bereich Jugendarbeit wären nötig. Das investierte Geld wäre gut angelegt. Die Rechnung ist schnell gemacht. Hier besteht ein grosser Handlungsbedarf. (IP P2, 268 – 278)
- Der Leidensdruck muss gross sein, bevor Mediation angewendet wird. Und dann wird zuerst geschaut, ob jemand das gratis macht. (IP P1, 202 – 219)

Veränderungen benötigen ebenfalls Geld für ihre Implementierung. Mediation kann nicht „kostenneutral“ eingeführt werden. Die Rechnung geht aber später dennoch auf. Diese Erkenntnisse müssen den entsprechenden Schlüsselpersonen kommuniziert werden, damit die Gelder gesprochen werden.

4.3 Aussagen aus der Meso-Ebene Organisationen

4.3.1 Zur aktuellen Entwicklung

Auf der Eben von Organisationen werden folgende Aussagen betreffend a) die aktuelle Entwicklung in der Einführung der Mediation hierzulande

zusammengetragen⁵⁹:

4.3.1.1 Zur allgemeinen Einführung der Mediation

- Mediation ist in der Schweiz noch nicht genügend bekannt. (IP O2, 80 - 83)
- Die Leute wissen immer noch nicht, worum es bei Mediation geht. Mediation ist auch eine Haltung und dazu gehört ein Menschenbild. Dieses ist noch nicht definiert worden. (IP O2, 179 – 183)
- Ich nehme eine langsame Entwicklung wahr, aber eine stetige, zunehmende. (IP O1, 53 - 54)
- Die Einführung der Mediation kommt hierzulande sehr, sehr langsam voran (IP O3, 52)
- Wahrscheinlich sind Schweizer gegen alles, was neu aufkommt immer zuerst eher ablehnend. Die Gerichte funktionieren ausserdem relativ gut in der Schweiz. Und sie sind nicht so teuer. (IP O3, 58 – 63)
- Bern ist ein schwieriger Platz. In Genf passiert sehr viel. In Zürich passiert auch viel. Aber zwischen diesen beiden Orten... passiert nicht viel. (IP O3, 108 – 114).
- Die Schweiz ist ein ganz steiniger Boden für Mediation. Irgendwie ist das etwas, was unserer Kultur nicht entspricht. Wir sind obrigkeitstgläubig. (IP O3, 217 – 219)
- Die Idee der Vermittlung ist in der Schweiz hoch angesehen. Es gehört zum Selbstbild der Schweiz. Forschungen besagen, dass Vermittlung hierzulande einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert hat, gekoppelt mit einer geringen Bereitschaft, in Konfliktfällen selber Vermittlung in Anspruch zu nehmen. (IP O1, 346 – 349)
- Es werden einzelne Veranstaltungen gemacht, die Wirkung bleibt jedoch aus. Das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag stimmt noch nicht. (IP O1, 370 – 393)
- Das Kompetenzzentrum für Mediation hat 2002 eine grosse Konferenz durchgeführt. Der Aufwand einer solchen Veranstaltung ist jedoch enorm und die Einnahmen bescheiden, vor allem wenn es

⁵⁹ Die hier befragten Personen werden als IP O1, IP O2 und als IP O3 gekennzeichnet.

darum geht, ein breites Publikum zu erreichen und deswegen tiefe Teilnehmergebühren verlangt werden. Die Infrastruktur des KZM wurde ausserdem über längere Zeit in hohem Masse beansprucht. Deswegen wurde ein solches Event nicht wiederholt. (IP O1, 276 – 286)

- Die CoPreT hat sich bisher bei der Einführung der Mediation hierzulande nicht allzu konkret engagiert, weil nicht klar ist, ob diese Ausbildung weiter angeboten wird. Es hat geheissen, es sei nicht „entwicklungsrelevant“. Aber Veranstaltungen des Dachverbands werden z.B. auch von der DEZA finanziell unterstützt. (IP O2, 155 – 163)
- Der Dachverband hat Aufgaben gegen innen, wie die Organisationen untereinander zu koordinieren, und die Ausbildungen, die Anerkennung des Titels zu überwachen, den Titel zu verleihen. Und dann hat er auch Aufgaben gegen aussen, gegenüber der Öffentlichkeit, gegenüber der Politik alles zu unternehmen, damit Mediation bekannt wird. Aber da ist in der Vergangenheit nicht sehr viel gegangen. Die Publikation „Mediation“ beim Beobachter Verlag war das Wichtigste. Und die Durchführung der Impulstage alle zwei Jahren. Jetzt kommt dazu die politische Lobbyarbeit. (IP O3, 126 – 135)
- *„Ich denke, dass in der Mediation so viel Kraft steckt, dass viele auch bereit sein werden, einen langen Atem zu haben.“* (IP O1, 434 – 436)

Diese Aussagen geben zum grössten Teil die erste Annahme der Fragestellung dieser Arbeit wieder, dass in der Schweiz und besonders in Kanton Bern ein starker Widerstand zu spüren ist, und zwar nicht nur im Zusammenhang mit der Einführung der Mediation. Es stellt sich weiter die Frage, ob die Kraft, die in der Mediation steckt, nicht auch anders genützt werden könnte, als zu warten, bis sie irgendwann eingeführt wird.

4.3.1.2 Im zivil- und strafrechtlichen Bereich

- Die vorberatende Kommission des Ständerats hat letzte Woche Mediation aus dem Entwurf der Eidgenössischen Zivilprozessordnung

herausgestrichen mit der Begründung, Mediation brauche eigentlich kein Gesetz. (IP O3, 67 – 75)

- Noch dramatischer als die Ablehnung des Entwurfes der Strafprozessordnung ist jedoch die Entwicklung in Sachen Zivilprozessordnung zu verstehen. Es ist zu hoffen, dass mindestens das Wort Mediation darin enthalten bleibt, sonst ist Mediation in der Schweiz, ausser im Jugendstrafrecht, nirgends gesetzlich verankert. (IP O1, 66 – 96)
- Im Bereich Trennung oder Scheidung habe ich es noch nie erlebt, dass ein Richter im Kanton Bern, gestützt auf vorhandene gesetzliche Rahmenbedingungen (sprich ZGB), irgendwelche Weisungen für eine angeordnete Mediation erteilt hätte. (IP O3, 85 – 94)
- Im Bereich Strafprozessordnung ist es dank der Lobbyarbeit des Dachverbandes gelungen, dass zumindest auf kantonale Ebene die Möglichkeit bestehen bleibt, Mediation als Instrument einzusetzen.⁶⁰(IP O3, 98 – 103)
- Andere Länder sind bei der gesetzlichen Verankerung erfolgreicher gewesen. In England oder Frankreich konnten dadurch mehrere Schritte vorausgegangen werden. Diese Erfahrung bleibt der Schweiz zurzeit verwehrt. (IP O1, 98 – 107)
- Die verschiedenen Kantone, die bereits über gesetzliche Rahmenbedingungen für Mediation verfügen, sind unterschiedlich weit. Einige haben eine Klausel, andere setzten auf die Verankerung in ihrer kantonalen Gesetzgebung, wie der Kanton Tessin. (IP O1, 117 – 135)
- An jedem Ort muss herausgefunden werden, mit welcher Strategie man weiter kommen kann. Da sind wir wieder mal beim Schweizer Föderalismus. (IP O1, 135 – 137)

Bei diesen Aussagen wird sichtbar, welche Rolle die gesetzlichen Rahmenbedingungen spielen könnten, damit Mediation eine bessere Chance

⁶⁰ Auf gesamtschweizerischer (sog. eidgenössischer) Ebene ist Mediation nicht in der neuen Strafprozessordnung aufgenommen worden.

bei derer Einführung bekommt.

4.3.1.3 In weiteren Anwendungsbereichen

- Die Option, bei Familienkonflikten auf Mediation umzusetzen, bevor eine gerichtliche Intervention angestrebt wird, wird immer natürlicher. (IP O1, 54 – 57)
- Im Scheidungs-Paar-Bereich hat Mediation an meisten Anklang gefunden. (IP O2, 87 – 88)
- Am meisten Fällen gibt es im Bereich Familie, Trennung und Scheidung. (IP O3, 118 – 119)
- Im Thema Nachbarschaft hat Mediation in der Schweiz noch keinen Durchbruch erlebt. (IP O2, 90 – 91)
- Im Quartier gibt es verschiedene Bemühungen, es braucht aber eine unheimlich hohe Frustrationstoleranz. Auch Angebote zu günstigsten Bedingungen (Zürich) ziehen bis jetzt nur wenig Fälle heran. Mit langem Atem kommt mal wieder etwas zustande (Bern), es ist aber noch kein eigentlicher Durchbruch, aber „langsam“ entsteht da tatsächlich etwas. (IP O1, 183 – 222)
- Im Bereich Schule gibt es viele kleinere Projekte. Es fehlt ein „Modellprojekt“, ein grösseres, gelungenes Projekt, das weitergereicht werden könnte. (IP O1, 142 – 149)
- Die Schule ist ein Bereich, der wächst, dort werden altersentsprechende Kurse eingeführt. Es gibt auch Schulen, z.B. in Luzern, die Kinder-Mediator/innen haben. Auch Lehrpersonen sind daran interessiert. Die Schule ist ein Bereich, der ausbaufähig ist. (IP O2 93 – 110).
- Am Arbeitsplatz wird Mediation in innerbetrieblichen Konflikten eingesetzt. Zum Teil aber nicht durch externe Mediatoren, sondern durch Vorgesetzte oder Personalchefs, die selber eine Ausbildung gemacht haben (IP O3, 121 – 123)
- Innerbetriebliche Mediationen nehmen zu. Es gibt mehr Nachfrage. (IP O1, 57 – 60)
- Beim EPA (Eidgenössisches Personal Amt) wird zurzeit ein Pool von Mediator /innen aufgebaut. Sie möchten Mediation in der Kultur der

Bundesverwaltung einführen. Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. In anderen Ämtern ist das noch nicht der Fall, wir sind aber daran, ein spezifisches Angebot aufzubauen. Unsere Ausbildung war ja ursprünglich dafür gedacht. Es ist aber nicht leicht. Das hierarchische Denken ist zu sehr verankert. Und das ist ein Problem wenn es Konflikte gibt (IP O2, 111 – 151).⁶¹

Auch in diesen Bereichen sind kleine Schritte zu verzeichnen, jedoch kein Durchbruch.

4.3.1.4 In Bezug auf den Markt

- In den letzten fünf Jahren hat sich der Mediationsmarkt nicht wesentlich verändert. (IP 03, 55 - 56)
- Was die Ausbildung anbelangt, ist die Landschaft übersättigt im Verhältnis zu den Fällen, die mit Mediation angegangen werden. (IP O2, 53 – 57, 67 – 75)
- Vielleicht ist Mediation als Thema nicht mehr „in“. (IP O2, 59, 75 - 76)
- Neue Mediatoren und neue Mediatorinnen haben Mühe, Fälle zu erhalten. (IP O2, 62 – 64, 77 – 80, 81)
- Studierende haben weniger Mühe an einen Fall für ihre Abschlussarbeit zu kommen, als noch vor zwei, drei Jahren. Es ist keine Steigerung von 2 auf 6, aber vielleicht von 2 auf 3, mit der Zuversicht, dass es gleich 4 wird. (IP O1, 60 – 65)
- Am Anfang sind relativ schlecht ausgebildete Mediatoren und Mediatorinnen "auf den Markt gekommen". Die Leute haben schlechte Erfahrungen gemacht. (IP O2, 183 – 189)

Hier zeigt sich eine unterschiedliche Wahrnehmung, was das Wachstum der Fallzahlen anbelangt, die den Studierenden zur Verfügung stehen. Diese Aussage ist aber zu relativieren, wenn die Erklärung folgt, es handle sich um

⁶¹ Gemäss EPA Einladung zum Mitmachen bei diesem Pool handelt es sich hier um Mitarbeiter /innen der Bundesverwaltung, die von ihren Ämtern frei gestellt werden, um Mediationen innerhalb der Bundesverwaltung durchzuführen. So bleibt die Finanzierung der Mediationen „kostenneutral“. Eine Kultur der Mediation wird aber auch so verbreitet.

eine kleine Steigerung. Aber es ist immerhin eine Steigerung.

4.3.2 Betreffend Einführungsvorschlägen

In Zusammenhang mit der Frage, b) wie die Einführung der Mediation besser vorangetrieben werden könnte, wurden folgende Aussagen aus der Ebene der Organisationen zusammengetragen:

4.3.2.1 Veranstaltungen / Weiterbildungsangebote

- Es wäre wichtig, dass die Universitäten das Thema anbieten, nicht im Sinne einer Mediationsausbildung, sondern bei anderen Studien, vor allem bei angehenden Juristen und Juristinnen, aber auch in anderen Ausbildungen, so dass ein Grundwissen über Mediation vermittelt wird. (IP O3, 175 – 185)
- An den Schulen sollte Mediation als Konfliktlösungsmodell flächendeckend vorgestellt werden. Leute, die als Kind Mediation erlebt haben, haben später in Konfliktsituationen weniger Widerstand, weniger Hemmungen gegen das Instrument. (IP O3, 193 – 202, 205–216)
- Auch wenn die Wirkung der durchgeführten Veranstaltungen noch ausbleibt, sollten mehr gegen aussen gerichtete Tagungen und Workshops in den verschiedenen Bereichen gemacht werden. Sie sind wichtig. (IP O1, 370 – 394)
- Lehrpersonen müssen es mehrmals hören und erlebt haben, damit sie sich für die Mediation öffnen. Das ist das, was fehlt. (IP O3, 203 – 204)
- Es muss ein Kulturprozess innerhalb der Organisationen werden. (IP O2, 173 – 174)
- Sich auf eine Mediation einzulassen ist wirklich eine hohe Hürde. Diese Hürden können nicht allein mit einem Massnahmenkatalog überwunden werden. Es braucht viele kleine Initiativen. Wieder einmal eine Tagung wäre gut. (IP O1, 346 – 362)

Hier werden konkrete Vorschläge gemacht, wie Mediation in den verschiedenen Anwendungsbereichen eingeführt werden könnte.

4.3.2.2 Bestehende Infrastrukturen

- Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Entscheidung muss getroffen werden „wir wollen Mediation einführen“, auf Bundesebene, in den Kantonen, in der Privatwirtschaft. (IP O2, 169 – 172)
- Mediation „kann“ ohne Gesetze stattfinden, aber für die Akzeptanz der Mediation wäre es wichtig, dass sie gesetzlich verankert wird. Es wäre eine offizielle Anerkennung dieser Methode. Die Richter sind sehr zurückhaltend wenn es darum geht, etwas vorzuschlagen oder gar anzuordnen, wenn sie dafür keine gesetzliche Grundlage haben. (IP O3, 76 – 94)
- Wahrscheinlich kann zurzeit Mediation in der Schweiz nicht über eine gesetzliche Verankerung vorangetrieben werden. (IP O1, 96 – 98)
- Wenn man die Entwicklung im Ausland anschaut, so ist die Verankerung im Gesetz immer schon ein wichtiger Schritt gewesen. Das ist ein Meilenstein, der anschliessend die Entwicklung stark gefördert hat. Das wäre in der Schweiz auch so. (IP O3, 169 – 174)

Die bestehenden Rahmenbedingungen sind zurzeit nicht besonders förderlich. Unter anderen Umständen, vor allem was die gesetzliche Verankerung anbelangt, hätte Mediation eine bessere Chance.

4.3.2.3 Öffentlichkeitsarbeit

- Jede gelungene Mediation leistet einen Beitrag zu ihrer Verbreitung. (IP O1, 286 – 304)
- Es ist jedoch typisch für die Schweiz, dass man bei allem neuen zuerst mal „NEIN“ sagt. Wenn es wieder kommt, sagt man „ja, wir schauen mal, nein, es ist noch zu früh“. Und erst das dritte Mal sagt man „also, gut“. Das ist einfach so. Man darf nicht aufgeben, wenn das erste Mal nicht gelingt. (IP O3, 227 – 234)
- *„Die Erfahrung, dass Kooperation mehr Wert schöpft als Konfrontation und Konkurrenz fängt langsam an, sich zu verbreiten. Die Gelegenheit sollte genutzt werden, um Mediation in diesen Kontext zu stellen“.* Mediation braucht nicht als „des Rätsels

Lösung“ dargestellt zu werden. Der Mehrwert der Kooperation sollte ins Zentrum gestellt werden. Mediation ist dann ein Tool, um Kooperation bei Blockaden und schwierigen Situationen wieder zustande zu bringen. (IP O1, 330 – 334)

- Und dann braucht es Zeit und die Mitwirkung der Medien. (IP O2, 179)
- Es braucht verschiedene Akteure, um die Arbeit zu verteilen. Das Kompetenzzentrum für Mediation, sowie der Dachverband SDM publizieren die Zeitschrift „Perspektive Mediation“. Viele Leute engagieren sich bei der Produktion der Artikel, die nicht nur für die Abonnent/innen, sondern auch für ein breites Publikum gedacht sind. Andere Personen könnten sich bemühen, das Ergebnis zu streuen und die Zeitschrift gezielt zu verteilen. (IP O1, 384 – 421)
- Erfolgreiche Mediationen sollten publiziert werden können. Die Parteien müssten sich aber dazu bereit erklären. Anonymisierte Fälle bringen nicht viel, die Leute glauben nicht, dass es stimmt. (IP O3, 240 – 246)
- Eine ungenaue Berichterstattung verwirrt die Leute. Für den einzelnen Journalisten, für die einzelne Journalistin handelt es sich jedoch oft um Finessen, die sie nicht genau wahrnehmen (können). (IP O3, 250 – 259)
- Die Behörden reden undifferenziert über Gesprächsverhandlungen, als wären alle Mediationen. Das ist eine Gefahr. (IP O3, 260 – 262)
- Auch dass Leute einbezogen werden als Mediatoren, nur weil sie bekannte Leute sind, aber keine Ausbildung haben, kann Schaden anrichten. Obwohl sie sicher mit guten Willen und nach ihrem Gutdünken zu vermitteln versuchen, so entspricht das nicht unserer Definition von Mediation. (IP O3, 269 – 276)
- Mediationen sollen bei noch nicht hoch eskalierten Konflikten durchgeführt werden. So gäbe es mehr positive Meldungen.
- Die Aufarbeitung von Lessonslearn-Erfahrungen und der Austausch auf Meta-Ebene über die bisherige Erfahrung im Zusammenhang mit der Einführung der Mediation wäre hilfreich für deren Verbreitung, d.h. der Austausch über generische Erfahrungen, auf der Ebene der

Personen, die sich für die Einführung einsetzen (z.B. Personalchefs und –chefinnen der Bundesverwaltung). (IP O2, 196 – 207).

Die befragten Personen sehen die Öffentlichkeitsarbeit als einen wichtigen Faktor bei der Einführung der Mediation. In der aktuellen Situation liegt Handlungsbedarf vor, damit Mediation eine bessere Chance hätte, von der Gesellschaft verstanden und akzeptiert zu werden.

4.3.2.4 Die Finanzierung

- Mediation sollte, wie andere gut funktionierende Rechtsverfahren, (Arbeitsgericht, Mietamt) gratis angeboten werden. (IP O3, 281 – 283)

Die Finanzierung von Mediationen ist auch aus der Sicht der Vertreter von Organisationen ein Thema. Die Inanspruchnahme von Mediation hätte eine grössere Chance, wenn ihre Finanzierung geregelt wäre.

4.4 Aussagen aus der Mikro-Ebene Dienststellen für Mediation

Auf dieser Ebene wird auf eine weitere summarische Darstellung von Aussagen verzichtet zugunsten einer Gegenüberstellung verschiedener Perspektiven aus drei Projekten in drei europäischen Ländern. Auch deswegen resultiert eine etwas andere Gliederung.

4.4.1 Zur aktuellen Entwicklung

Auf der Eben von Dienststellen⁶², welche Mediationen anbieten, werden also folgende Aussagen betreffend a) die aktuelle Entwicklung in der Einführung der Mediation hierzulande zusammengetragen:

4.4.1.1 Zur allgemeinen Einführung

- Ich arbeite in der Stadt Thun mit einer weiteren Mediatorin aus den Niederlanden. Zusammen versuchen wir, Mediation vermehrt in unsere Arbeit einfliessen zu lassen. Es ist jedoch ein hartes Pflaster.

⁶² Die hier befragten Personen werden als IP D1, IP D2 und als IP D3 gekennzeichnet. Die transkribierten Unterlagen

(IP D3, 51)

- In Turin behandelt Me.Dia.Re. ca. 343 Fälle pro Jahr (davon waren 75 Mediationen, 193 „Zuhören“, ascolto⁶³). (IP D2, 207 – 210)
- Nur wenige Leute aus der Politik wissen, was Mediation eigentlich ist. Die meisten Politiker in der Schweiz wehren sich in erster Linie nicht gegen Mediation, sondern grundsätzlich gegen etwas, das neu und fremd ist, das sie nicht kennen. (IP D3, 190 – 197)
- Die Rolle der Politik beim Einführen von Mediation ist fundamental. Die Politik sichert das Überleben der Vereine. Davon ausgehend, dass wir ein demokratisches Land sind (Italien) und dass die Regierung die Aufgabe hat, für das Wohl der Bevölkerung zu sorgen, muss der Zugang zu Mediation auch garantiert werden, ähnlich wie bei der medizinischen Versorgung. Manche Politiker sind da offener, andere weniger. (IP D2, 364 – 373)
- Die Politiker (Baskenland) kennen die Mediation, sie wissen aber nicht genau, was sie ist. Seit dem vergangenen Jahr wächst das Wissen langsam, dank dem Friedensprozess und durch die Zusammenarbeit mit ausländischen Mediatoren. (IP D1, 137 – 140)
- Manche politische Parteien (Baskenland) haben Mediation in ihren politischen Diskurs aufgenommen, andere hingegen fahren weiterhin auf Konfrontationskurs. Traurig ist die Tatsache, dass diejenigen, die Mediation implementieren möchten, nicht genau wissen, wie sie vorgehen sollten. (IP D1, 142 – 145)

Die Einführung der Mediation stösst in den verschiedenen Ländern auf ähnliche Hindernisse, wie zum Beispiel die Desinformation auf der politischen Ebene. Die einzelnen Hindernisse scheinen jedoch eine unterschiedliche Auswirkung auf die Implementierung der Mediation zu haben.

4.4.1.2 In weiteren Anwendungsbereichen

- Das Angebot von Mediation im Bereich Familie (Paar, Erstellung von

befinden sich im Anhang dieser Arbeit.

⁶³ Quattrocchio, Alberto, *Relazione sui Servizi d'Ascolto del Cittadino e di Mediazione di Conflitti di Torino*, Me.Dia.Re., Torino, 27.11.2006

Besuchsregelungen, zwischen Generationen, vor allem bei solchen mit Migrationshintergrund) wird im Kanton Bern mit wachsendem Interesse wahrgenommen. Im Bereich Schule gibt es immer noch grossen Widerstand. In den Wohngemeinden ist eher Skepsis vorhanden. Innerhalb von Organisationen ebenfalls, vor allem wenn es darum geht, eine externe Person einzubeziehen. Bei der Justiz (Richter, Jugendrichter, Untersuchungsrichter) stosse ich eher auf Interesse. (IP D3, 125 – 135)

- Mit den Schulen und den Wohngemeinden besteht eine gute Zusammenarbeit (Basenland). In Organisationen stelle ich eher Gleichgültigkeit fest. Die Justiz ist interessiert.

In einigen Anwendungsbereichen scheint sich „etwas“ zu entwickeln. In anderen weniger.

4.4.1.3 Zur Öffentlichkeitsarbeit

- Die Medien in der Schweiz berichten nicht eigentlich über Mediation, sondern über Konflikte. Es wird nicht genau informiert oder erklärt, was Mediation eigentlich ist. (IP D3, 155 – 165)
- Die Medien reden wenig über Mediation, sie wissen eigentlich nicht, was sie ist. Wenn sie etwas schreiben, z.B. über Me.Dia.Re., dann weil wir einen Artikel selber geschrieben haben. (IP D2, 308 – 312)
- Im Basenland reden die Medien je länger je mehr über Mediation und über andere alternativen Konfliktlösungsansätze, sie erklären aber nicht genau, was sie sind. Oft wird Mediation mit „Intermediation“ (Vermittlung) verwechselt. Im Bereich Schule reden die Medien mehr über Gewalt und Bullying als über die eigentliche Schulmediation. Bei Mediationen in Wohnquartieren wird die Öffentlichkeit über Presse-Communiqués informiert. (IP D1, 103 – 113)
- Die Frage ist, wer entscheidet sich, etwas über Mediation in den Medien (Schweiz) zu sagen bzw. über die in den Medien erwähnten Mediationsfällen. Nichts zu sagen hat auch eine Wirkung. (IP D3, 169 – 174)

- Die Mediation ist zu wenig bekannt (Italien). Ein wenig hat das damit zu tun, dass es verschiedene Modelle gibt. Und ausserdem wird sie mit anderen Konfliktlösungsansätzen wie Conciliation, Negotiation oder Arbitrage verwechselt. (IP D2, 323 – 325)
- Normalerweise werden Konflikte durch die Medien instrumentalisiert. Hier im Baskenland haben wir unsere politischen Probleme und die Medien sind nicht gerade eine Hilfe, wenn es darum geht, eine Annäherung zwischen den Parteien zu erreichen. (IP D1, 118 – 120)
- Organisationen in der Schweiz, die Ausbildungen anbieten, sehen die Einführung der Mediation unter der Bevölkerung nicht als ihre primäre Aufgabe. (IP D3, 181 – 182)
- Im Baskenland, auch nicht. (IP D1, 129)
- An verschiedenen Universitäten in Italien (z.B. Neapel), wo die Mediationsausbildung angeboten wird, wird ebenfalls die Öffentlichkeitsarbeit wahrgenommen, da die Universitäten selber darin einen Gewinn sehen. (IP D2, 345 – 357)
- GEUZ versteht die Öffentlichkeitsarbeit als Teil ihres Angebotes, im Sinne eines Sensibilisierungsprogrammes. (IP D2, 91 – 96, 161 – 164).

Bei der Zusammenarbeit mit den Medien besteht in allen drei Ländern Handlungsbedarf, damit Mediation in der Öffentlichkeit bekannt wird. Weitere Vernetzungen und Mittel zur Bekanntmachung der Mediation in diesen Ländern werden unterschiedlich gehandhabt. Sie könnten anspornend wirken.

4.4.1.4 Zur Finanzierung

- Das Zusammenbringen des benötigten Geldes zur Finanzierung von Mediation braucht in der Schweiz oft unverhältnismässig viel Zeit und Engagement. (IP D3, 66 – 67, 76 – 82)
- In Turin werden die Dienststellen durch die politische Gemeinde, kirchliche Institutionen, eigene Einnahmen (Ausbildung) und privat co-finanziert. Das Angebot ist für alle gratis. (IP D2, 93 – 115)
- GEUZ erhält kein Geld von der Regierung, sie finanziert sich selber durch ihre Ausbildungs-, Workshops- und Programmangebote. Diese

werden dann auch durch die Comunidad Autónoma Vasca finanziert.
(IP D1, 64 – 65, 147 – 149)

Die Klärung bzw. die Regelung der Finanzierung des Angebotes in der Schweiz bleibt eine zentrale Frage, damit Mediation in der Gesellschaft verbreitet werden kann.

4.4.2 Betreffend Einführungsvorschlägen

In Zusammenhang mit der Frage b) wie die Einführung der Mediation besser vorangetrieben werden könnte, wurden folgende Aussagen aus der Ebene dieser Dienststellen zusammengetragen:

4.4.2.1 Zur allgemeinen Einführung der Mediation

- Meiner Meinung nach hängt alles davon ab, wie Mediation vorgeschlagen wird. Wird sie als die „Intervention der Fachleute“ gegenüber den Konfliktparteien dargestellt, so funktioniert die Einführung nicht. So kann Mediation weder als Dienstleistung noch als Kultur implementiert werden. (IP D2, 379 – 383)
- Bei der Einführung der Mediation sollte weniger Gewicht auf die Unterschiede der Anwendungsfelder gelegt werden, weil sich das dann negativ auf die Interventionen, auf die Praxis und auf den eigentlichen Zweck der Mediation auswirkt. Zu uns kommen Leute mit Konflikten auf allen Anwendungsfeldern. (IP D2, 383 – 397)
- Die Leute müssen ermutigt werden, über ihre Konflikte zu reden. Sie wollen etwas loswerden. Neun von zehn solcher Fälle enden bei uns danach mit einer Mediation. Aber am Anfang kommen die Leute und möchten Hilfe, um die andere Seite zu zerstören, oder um sie anzuzeigen, oder um den Krieg zu gewinnen. Wir gehen davon aus, dass das wichtigste, was die Leute zuerst brauchen, das Gefühl ist, vollumfänglich verstanden und anerkannt zu werden. Deswegen ist das Zuhören so wichtig. Das ist ein wichtiger Bestandteil unseres Angebotes. (IP D2, 418 – 438)
- Es braucht eine Entscheidung für eine friedensbildende Kultur. Es muss dafür gearbeitet werden. (IP D1, 182 – 183)

Aus der Erfahrung der Leute, die direkt mit dem Angebot von Mediation in der Bevölkerung konfrontiert sind, ist die Art und Weise, wie Mediation bei den vom Konflikt betroffenen Personen präsentiert wird, von entscheidender Wichtigkeit.

4.4.2.2 Bestehende Infrastrukturen

- Gesetzliche Rahmenbedingungen – auf kantonaler oder Bundesebene – sind nötig. Dies hat eine wegweisende Wirkung. Die Konfliktparteien müssen dann die eigene Verantwortung im Entscheidungsprozess wahrnehmen, ob sie von diesem Instrument Gebrauch machen wollen oder nicht. Sie wären dann am Zug. (IP D3, 203 – 209)
- in diesem Jahr soll ein baskisches Gesetz für Familienmediation verabschiedet werden, ähnlich wie in Cataluña. Und die Schuldirektion plant eine Verordnung für alle Schulzentern, wonach sie ein Programm für das Zusammenleben erarbeiten müssen. (IP D1, 151 – 155)
- Mediation soll für alle zugänglich und die Finanzierung geregelt sein, wie in anderen Ländern Europas, wo das Angebot als Dienstleistung der Wohngemeinden – aber als unabhängige Stellen – verankert ist. (IP D3, 211 – 214)

Die Rahmenbedingungen müssen berücksichtigt werden, damit Mediation in der Gesellschaft verbreitet werden kann.

4.4.2.3 Öffentlichkeitsarbeit

- Sensibilisierungsprogramme müssen gemacht werden. Auch wenn Dienststellen für Mediation geschaffen werden. Wenn die Bevölkerung nicht weiss, wo und wofür diese sind, so werden sie nicht davon Gebrauch machen. Die Vernetzung mit Stellen, welche die Fälle weiterleiten, ist ebenfalls sehr wichtig. (IP D1, 161 – 168)
- Information ist der wichtigste Aspekt. Wenn jemand für oder gegen Mediation ist, sollte sie / er wissen, was Mediation ist. (IP D3, 216 – 218)

Gemäss der Wahrnehmung der Praktikerinnen und Praktiker nimmt eine aktive und gezielte Öffentlichkeitsarbeit eine zentrale Rolle bei der Verbreitung der Mediation ein.

4.4.2.4 Finanzierung

- Mediation soll für alle zugänglich und die Finanzierung geregelt sein, wie in anderen Ländern Europas, wo das Angebot als Dienstleistung der Wohngemeinden – aber als unabhängige Stellen – verankert ist. (IP D3, 211 – 214)

Hier geht es um das Sichern eines Grundangebotes. Darüber hinaus kann Mediation durchaus von privaten Dienststellen weiterhin angeboten werden.

4.5 Gegenüberstellung von drei Projekten in Europa

4.5.1 GEUZ (Bilbao), Me.Dia.Re. (Turin) und dime (Bern)

Abschliessend werden hier die Rahmenbedingungen der drei oben erwähnten Projekte tabellarisch dargelegt, um deren Auswirkung auf die operationelle Ebene transparenter zu machen.

Indikatoren	dime Kanton Bern Schweiz	Me.Dia.Re. Turin Italien	GEUZ País Vasco /Spanien
Mediator /innen der Dienststellen haben eine vergleichbare, anerkannte Zertifikatsausbildung.	Interdisziplinärer Hintergrund, Zertifikat in Mediation	Interdisziplinärer Hintergrund, Zertifikat in Mediation	Interdisziplinärer Hintergrund, Zertifikat in Mediation
Angebot	Beratung Konfliktanalyse Mediationen Workshops Veranstaltungen	Zuhören Mediationen Workshops Ausbildung	Konfliktanalyse Mediationen Ausbildung Projekte
Anwendungsfelder	Familie, Schule, Arbeitsplatz, Gemeinde, Justiz	alle	Schule, Organisationen, Gemeinde, Justiz

Bisherige Dauer des Angebotes	2 Jahre	5 Jahre	4 Jahre
Finanzierung des Projektes	bisher zum Teil ehrenamtlich, eigenes Fund-raising, Mitgliedschaft	hauptsächlich kommunal, (z. T. über EU Gelder), Kirche, eigene Einnahmen	hauptsächlich selbsttragend, Programme werden durch die Comunidad Autónoma bezahlt.
Finanzierung des Mediationsangebotes für die Konfliktparteien	bezahlt oder über Fonds	gratis	bezahlt durch Auftraggeber /innen oder Parteien
Anzahl der Mediationen Beratungen / Zuhören Workshops pro Jahr	5 16 2	75 193 „viele“ (keine genauen Daten)	10 keine Daten 70
Wahrgenommene Akzeptanz in a) Familie b) Schule c) Gemeinde d) Organisationen e) Justiz	Interesse Widerstand Skeptik Skepsis Interesse	Zusammenarbeit Interesse Zusammenarbeit Zusammenarbeit -	- Zusammenarbeit Zusammenarbeit Indifferenz Interesse
Anzahl Menschen	Kanton Bern: 956 000 hab.	Turin: 1 500 000	Bizkaia: 1 122 000
Erreichbarkeit	per Telefon oder E-Mail, kein eigenes Büro	per Telefon oder E-Mail, eigene Büros in Turin (2)	per Telefon oder E-Mail eigenes Büro in Leioa
Öffentlichkeitsarbeit	Flyer, Web-Site, Link in anderen Webs	Flyer, Web-Site, durch andere Organisationen, Spot im Kino	Flyer, Web-Site Sensibilisierungsprogramme
gesetzliche Rahmenbedingungen im Land	nicht vorhanden	vorhanden	z. T. vorhanden

4.5.2 Schlussfolgerungen aus der Gegenüberstellung

Die Unterschiede zwischen den beiden Dienststellen aus der EU und dime in

der Schweiz, die Aufschluss über die wenigen erhaltenen Fälle hierzulande geben könnten, werden hier aufgelistet:

- In der Schweiz sind bisher keine gesetzlichen Rahmenbedingungen vorhanden.
- Mediation als Angebot für die Bevölkerung ist in der Schweiz nicht gratis. Ähnliches wird im Baskenland beobachtet: Dort werden die Mediationssitzungen auch bezahlt und entsprechend klein fällt die Anzahl an Interventionen aus. Anders verhält es sich mit den Programmen: Diese werden über die Comunidad Autónoma Vasca finanziert. Dementsprechend höher ist ihre Anzahl.
- dime verfügt bisher über kein festes Büro.
- dime bietet erst seit 2 Jahren Mediationen im Kanton Bern an, gegenüber 5 Jahren von Me.Dia.Re. und 4⁶⁴ von GEUZ.

4.6 Zusammenfassung des empirischen Teils

Bezeichnend ist die Erkenntnis, dass auf allen drei Ebenen ähnliche Äusserungen gemacht worden sind.

Bezüglich *a) des Einführungsstandes der Mediation hierzulande* wird von den befragten Personen festgehalten, dass Mediation in der Schweiz nicht eigentlich eingeführt worden ist. Eine Einführung findet unter den gegebenen Umständen nur ganz langsam, wenngleich stetig und zunehmend statt. Was Mediation genau ist und was nicht, auch im Vergleich zu anderen Konfliktlösungsansätzen, ist nicht oder zu wenig bekannt. Das Wort Mediation wird von Journalist /innen und Politiker /innen undifferenziert benützt. Die Medien haben bisher eine eher verwirrende Wirkung auf die Meinungsbildung der Bevölkerung gehabt. Die Medien sind ebenfalls zu wenig über Mediation informiert. Am meisten bekannt ist Mediation im Bereich Scheidung und Trennung. Dort gibt es auch die zahlreichsten Fälle. In anderen Bereichen wie Schule, Arbeitsplatz, Nachbarschaft oder Politik gibt es (noch) keinen eigentlichen Markt. Der Durchbruch ist noch nicht gelungen. Die Schweiz, aber

⁶⁴ In Geuz handelt es sich eigentlich um 7 Jahren, wenn die Zeit auch dazu gezählt wird, bevor die Dienststelle offiziell anerkannt wurde.

besonders Bern, ist ein hartes Pflaster für Mediation. Ohne gesetzliche Rahmenbedingungen ist die Akzeptanz der Mediation noch geringer, da die Autoritätsgläubigkeit hierzulande eine Rolle spielt. Nur eine der befragten Personen meint, dass Mediation nicht im Strafprozessrecht verankert zu sein brauche, da ihre Anwendbarkeit dort zu geringfügig sei und ausserdem durch vorhandene gesetzliche Rahmenbedingungen bereits berücksichtigt sei.

Diese Äusserungen, zusammen mit den Erkenntnissen aus dem theoretischen Teil, lassen den Widerstand gegen die Einführung der Mediation damit erklären, dass das Unterlassen einer gezielt aufgebauten Implementierung der Mediation als alternativer Konfliktlösungsansatz in den verschiedenen Anwendungsbereichen zu einer Reaktion im Sinne der Reaktanz geführt hat. Dazu gehört das Einbeziehen und Berücksichtigen der vorhandenen Rahmenbedingungen, besonders im Zusammenhang mit der Politik und den Medien. Mediation wird (noch) nicht als der selber definierte bzw. ausgewählte Weg zur Konfliktlösung angeschaut. Der Widerstand ist das sichtbare Symptom des Versuches, Selbstbestimmung im Prozess wieder zu erlangen oder weiterhin aufrechtzuerhalten.

Bezüglich *b) der Vorschläge zum Vorantreiben der Einführung von Mediation* wird vorgetragen, dass gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen. Die Haltung der Politik zur Mediation hat Vorbildfunktion. Ausserdem muss die Entscheidung getroffen werden, dass „wir Mediation einführen wollen“, in der Wirtschaft, in der Politik, in den Schulen, usw. Weiterbildungen oder einführende Module in den verschiedenen Berufsfeldern sind eine Möglichkeit und eine Notwendigkeit, um Mediation bekannt zu machen. Für eine flächendeckende Einführung von Mediation in der Schule (für Schüler und Lehrer) sollten / müssen öffentliche Gelder gesprochen werden. Im Bereich Jugendarbeit besteht ebenfalls ein grosser Bedarf. Beratungsstellen sollen Mediatorinnen und Mediatoren in entsprechenden Fällen beiziehen können. Die Finanzierung von Mediationen muss ähnlich wie andere Angebote im Mietamt und beim Arbeitsgericht oder bei der unentgeltlichen Prozessführung gehandhabt werden. Die Medien sollen fachkundig informiert und gezielt involviert werden. Ein koordinierter Austausch unter Schlüsselpersonen soll

ermöglichen, Erfahrungen im Bereich der Einführung von Mediation gewinnbringend zu nutzen und weiterführende Strategien zu entwickeln.

Diese Aussagen der befragten Personen zeigen, dass das nötige Know How eigentlich vorhanden ist. Die Fachpersonen wissen, was nötig wäre, um der Mediation zu einem Durchbruch zu verhelfen. Viele der gemachten Aussagen sind deckungsgleich oder ergänzen sich auf konstruktive Art. Hier gibt es ein Potential an Wissen und Erfahrung, das als Ressource für die weitere Vorgehensweise angeschaut werden darf.

Die auf der Mikro-Ebene gewonnenen Daten aus den Dienststellen für Mediation in verschiedenen Ländern Europas (Italien, Baskenland/Spanien, Schweiz) ermöglichen weitere komparativen Feststellungen. In Turin und im Baskenland sind die Medien in etwa gleich schlecht informiert, was Mediation ist, wie in der Schweiz, dies führt jedoch zu einem anderen Ergebnis. In allen drei Ländern scheint die Politik einen grossen Bedarf an Information zu haben, was Mediation genau ist und wie sie davon Gebrauch machen könnte. Diese Gemeinsamkeiten scheinen jedoch nicht die gleiche Auswirkung auf die Einführung der Mediation in den jeweiligen Ländern zu haben. Womöglich handelt es sich hier um ein unterschiedliches Ineinanderspielen der einzelnen Faktoren, wo Defizite dann aufgefangen und ausgeglichen werden können.

Der Austausch mit Leuten aus anderen Ländern ermöglicht eine Ausweitung des Panoramas, in welchem Mediation gedeihen kann. Die unterschiedliche Art und Weise, wie Mediatorinnen und Mediatoren mit Schwierigkeiten bei der Einführung der Mediation umgehen, gibt neue Kraft, selber auf Kurs zu bleiben, gleichzeitig aber den eigenen Weg zu suchen.

5 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

5.1 Einführung

Im Kapitel 3.1 zum theoretischen Teil wurde anhand sozialpsychologischer Ansätze zuerst erklärt, dass die Resistenz gegenüber dem Wechsel eine natürliche Reaktion des Menschen ist, sofern er selber nicht in den Veränderungsprozess einbezogen wird. Es sind dann auch sozialpsychologische Ansätze, die den Weg zeigen, wie Widerstand vermieden werden kann, oder wenn bereits vorhanden, wie damit umzugehen ist, damit eine Öffnung zu Gunsten einer Veränderung wieder geschehen kann. Weiter wurden im Kapitel 3.2 die vorhandenen Rahmenbedingungen untersucht und befunden, dass sowohl die bisherige Rolle der Politik, wie auch diejenige der Medien und der Organisationen, die mit Mediation zu tun haben, nicht gerade förderlich gewesen sind für die Einführung der Mediation hierzulande.

Die durch die Interviews gewonnenen Erkenntnisse aus den verschiedenen Bereichen, wie im Teil 4 dargelegt, bestätigen sowohl die Theorien, wie auch die zu den verschiedenen Makro-, Meso- und Mikro-Bereichen gefundene schriftliche Dokumentation. Dies erlaubt weiter die Feststellung, dass unter den vorhandenen Umständen Mediation keine gute Chance hat, sich hierzulande zu etablieren. Es besteht Handlungsbedarf, wenn die Kultur der Mediation in der Deutschschweiz verbreitet werden soll, wie in der Fragestellung vom Kapitel 2.3 formuliert.

Nun soll in diesem Teil jede der dort formulierten Fragen wieder aufgenommen und konkret beantwortet werden. Ziel dieses Vorhabens ist die Erstellung von Empfehlungen, die eine Veränderung der aktuellen Lage bewirken könnten. Die Autorin ist sich bewusst, dass die hier dargelegte Sicht der eigenen Perspektive entspricht, trotz der eingeholten Stellungnahmen weiterer Fachpersonen. Ihr Anliegen wäre erfüllt, wenn diese Empfehlungen als Basis für eine weiterführende Diskussion dienen könnten.

5.1.1 Ein Ackerfeld zur Frühlingszeit

„Sorge dich nicht um die Ernte, sondern um die richtige Bestellung deiner Felder.“ Konfuzius

Gegenüber diesem faszinierenden Satz Konfuzius' stehen all die gesammelten Aussagen der Personen, die sich zum Mitmachen am empirischen Teil dieser Arbeit bereit erklärt haben. Sie sind wie die Werkzeuge, die am Rande des Ackers bereit stehen, um das Feld zu bestellen. Klar bleiben viele nicht voraussehbare Faktoren offen, so wie die Möglichkeit des Aufkommens eines Gewitters, das die ganze Ernte plötzlich zerstören könnte. Keine Bäuerin, kein Bauer würde jedoch auf den Gedanken kommen, das gute Saatgut aus diesem Grunde im Speicher zu lassen.

Mediation ist dieses gute Saatgut. Leute, die sich mit diesem Instrument zur Klärung und Bearbeitung von Konflikten seit mehreren Jahren befassen, wissen auch, welches Potential in ihr verborgen liegt. Mediation zielt wie kein anderer Konfliktlösungsansatz auf die Mitwirkung der Konfliktbeteiligten und deren Stärkung. Die prozessuale Ausrichtung ermöglicht eine holistische Auswirkung auf die Akteure, den eigentlichen Inhabern der Konflikte. Dadurch wird ein Perspektivenwechsel möglich, weg von den Positionen hin zu den eigentlichen Anliegen, Bedürfnissen und Interessen beider / aller Parteien. Etwas Neues kann gedeihen. Das Saatgut ist bereit, der Boden erscheint jedoch steinig und ausgetrocknet. Es braucht mehr, als nur das Ausstreuen der einzelnen Körner.

5.2 Wie erklärt sich der Widerstand bei der Einführung einer Methodik, die so viel versprechend erscheint?

5.2.1 Prozess- und Haltungsebene in der Mediation

Im theoretischen Teil dieser Arbeit wurde mit Hilfe von sozialpsychologischen Ansätzen erklärt, dass der Widerstand eigentlich eine natürliche Reaktion auf einen von aussen her postulierten Wechsel ist. In der Mediation geht es nicht nur um die Einführung einer neuen Methode, sondern um die Entwicklung bzw. Übernahme einer neuen Haltung: die Art und Weise, wie das Gegenüber, die /

der „Anderer“, wahrgenommen wird. Das kommt einem Paradigmenwechsel gleich. Zwar ist Mediation auf der Prozessebene bestrebt, anstelle der Verteidigung von Positionen, die Formulierung von Anliegen und das Erforschen von Bedürfnissen und Interessen zu ermöglichen. Auf der Haltungsebene jedoch wird eben diese Position vollumfänglich tangiert und mehr oder weniger in Frage gestellt: Wird der Tatsache Rechnung getragen, dass der Mensch sich selbst in Bezug auf sein Gegenüber definiert, so ist eine Veränderung in Bezug auf die Wahrnehmung des Anderen gleichzeitig eine Veränderung des Selbst und somit der eigenen Position zum Anderen. Damit erscheint der Widerstand gegenüber einem solchen Paradigmenwechsel mehr als verständlich. An dieser Stelle soll Bezug auf die Erlebnisse der Mediatorinnen und Mediatoren an ihren Arbeitsplätzen genommen werden, wie auf Seite 41 und 42 beschrieben. Überspitzt gesagt: eine euphorische Aufnahme der Mediation hat niemals vorausgesetzt werden dürfen. Aber auch eine pragmatische, langsam aber kontinuierliche, vonstatten gehende Aufnahme kann / darf nur als die „best alternative to no agreement“ (BATNA)⁶⁵ hingenommen werden. Denn viele Konflikte könnten in dieser kostbaren Zeit angegangen, viele Verletzungen und Kränkungen vermieden werden. Und wenn das tatsächlich als die BATNA angeschaut wird, als die Alternative, wie würde dann das eigentliche Ziel aussehen?

5.2.2 Die heutige Lage in der (Deutsch)Schweiz

Das Szenarium, das heute in der (Deutsch)Schweiz bei der Einführung der Mediation anzutreffen ist, entspricht einer völlig natürlichen Entwicklung, wenn etwas sich selbst überlassen wird: andere Faktoren, andere Akteure bestimmen die Richtung, das Tempo, den Ort, wie Mediation implementiert wird, oder eben nicht. Mediation ist bisher in der Schweiz nicht eingeführt worden. Nicht genügend. Nicht überall gleich. An vielen Orten hat sich bereits Widerstand breit gemacht, aufgrund von Desinformation, aufgrund von negativen Beispielen oder falscher Berichterstattung. Hätte der Widerstand anfänglich mit einer natürlichen Reaktanz erklärt werden können, so wurde diese Abneigung durch

⁶⁵ Fisher, R. und Ury, W., *Getting to Yes*, (1987), in Lisa Parkinson, *Family Mediation*, Sweet & Maxwell, United Kingdom (1997), S. 83

weitere Faktoren verstärkt, ja quasi legitimiert: Mediation ist nämlich den eigentlichen „Endverbrauchspersonen“, der normalen Bürgerin, dem normalen Bürger, nicht konsumentenfreundlich erklärt worden. Allzu sehr überbieten sich Mediatorinnen und Mediatoren mit komplizierten Formulierungen und Konzepten, welche die Mediation für die Normalverbraucherinnen, den Normalverbraucher dann fast wie „ein Buch mit sieben Siegeln“ erscheinen lässt.

Die sozialpolitischen Rahmenbedingungen hierzulande wirken sich zurzeit nicht a priori fördernd auf einen solchen Prozess aus. Sie zu kennen ist jedoch eine Voraussetzung, um damit umgehen zu können.

Die aktuelle Ausrichtung der Medien kann auch nicht gerade ohne weiteres als Ressource angeschaut werden. Das wurde beim letzten durchgeführten Interview mit Ständerat F. Wicki wieder einmal sichtbar (darauf wird später eingegangen).

Die Organisationen und Ausbildungsstätten für Mediation sind bisher mit Aufgaben im Bereich der Standarddefinierung, der Titelanerkennung, der Zusammenschlüsse und der Vernetzung mit anderen europa- und weltweit aktiven Organisationen absorbiert gewesen.

5.3 Unter welchen Umständen hätte Mediation eine (grössere) Chance?

5.3.1 Die Vorgehensweise

Hier werden bewusst zuerst Schritte aufgelistet, die zu einer konkreten Vorgehensweise führen. Sie werden anschliessend begründet.

Mediation hat eine Chance,

- wenn die Fachpersonen (sprich alle Mediatorinnen und Mediatoren) sich entscheiden, Mediation bewusst und konkret einzuführen, ohne dabei in einen Aktivismus zu geraten, sondern indem sie sich eine „Auszeit“ gönnen und untereinander überlegen, wozu sie bereit sind.⁶⁶
- wenn der vorhandene Widerstand als etwas Normales und Gegebenes angeschaut und akzeptiert, gleichzeitig aber nicht als letzte aller Wahrheiten hingenommen wird.⁶⁷
- wenn eine Strategie im Umgang mit diesem Widerstand entwickelt wird, die den Fokus auf eine partizipative Vorgehensweise in allen Anwendungsbereichen setzt.⁶⁸
- wenn Medien und Politik in diesen Prozess involviert werden und dadurch Mediation bekannt und salonfähig gemacht wird.⁶⁹
- wenn fachlich kompetente Personen über diesem Prozess wachen und sich daran aktiv beteiligen.⁷⁰

Diese Auswahl an Sätzen möchte kein Massnahmenkatalog nach irgendwelchem „1., 2., oder 3. Punkt“ Programm sein. Je länger die Autorin sich in die Literatur eingelesen hat und je mehr Interviews durchgeführt wurden, desto klarer kamen die Parallelen zwischen dem vorgeschlagenen Umgang mit Konflikten im Mediationsprozess selber und dem möglichen Umgang mit Widerstand bei dessen Implementierung zum Vorschein. Soll die Kraft in der

⁶⁶ „Go to the balcony. Identify your BATNA“, (Ury, W., Getting past no, BANTAM, USA 1993, S. 7, 22)

⁶⁷ „Step to their side“ (dito)

⁶⁸ „Refrain“ (dito)

⁶⁹ „Build them a golden bridge“ (dito)

⁷⁰ „Use power to educate“ (dito)

Mediation, die Kraft im transformativen Prozess erlebbar gemacht werden, so darf bei der Einführung der Mediation nicht gezögert werden, die genau gleichen Schritten anzuwenden, wie William Uri in seinem Buch „Getting Past NO“ (1993, dito) dies vorschlägt. Interessant in dieser Aufstellung ist vor allem die Ausgangslage: es handelt sich nicht um eine eigentliche Mediation zwischen zwei Parteien unter Mitwirkung einer unparteiische Drittperson, sondern um Interaktionen zwischen zwei Parteien unter Anwendung mediativer Elemente.

5.3.2 Ausblick

Die Einführung der Mediation hat eine Chance, wenn Mediatorinnen und Mediatoren, welche diese Auseinandersetzung mit „den Anderen“ (sprich Nicht-Mediatoren und Nicht-Mediatorinnen) nicht scheuen, versuchen, den Dialog in den verschiedenen Anwendungsfeldern zu fördern und die momentane Lage vor Ort mit den Augen der Anderen zu sehen. Wenn sie auf mediative Art versuchen, die Anderen für das Offenlegen ihrer Wahrnehmung, ihrer Sorgen und ihrer Bedürfnisse zu gewinnen. Wenn das Ziel verfolgt wird, ein „Wir“ bei der Suche nach Optionen für eine Zusammenarbeit zu entwickeln. Nicht einfach von selber und vielleicht, sondern weil der Entschluss getroffen wird, dass Mediation bekannt gemacht werden soll. Weil Leute, die die Mediation kennen, wissen, dass darin mehr als ein leeres Versprechen⁷¹ verborgen liegt.

Auf diese Art und Weise wird der Differenzierung Rechnung getragen, die am Anfang dieser Arbeit formuliert wurde (3.2.2):

- Widerstand aufgrund Fremd-bestimmt-werden soll vermieden werden, indem eine partizipative Vorgehensweise strategisch aufgebaut wird. Aufgrund Vertraulichkeit wird Veränderung eher zugelassen. Ein Perspektivenwechsel findet statt.
- Wenn sich jemand trotzdem gegen Mediation, gegen eine mediative Intervention oder gegen eine mediative Haltung entscheidet, soll sie/er wissen, was sie/er ablehnt.

⁷¹ Baruch Bush, R.A. and Folger, J.P., *The Promise of Mediation: Responding to Conflict Through Empowerment and Recognition*, Wiley & Son, USA, 2004

5.4 Wie kann die Kultur der Mediation in der deutschweizerischen Gesellschaft verbreitet werden?

5.4.1 Eine Empfehlung

An dieser Stelle soll aus den gewonnenen Erkenntnissen eine Empfehlung postuliert werden zuhanden des Schweizerischen Dachverbandes Mediation und zuhanden derjenigen Mediatorinnen und Mediatoren, denen es am Herzen liegt, Mediation hierzulande zu einem Durchbruch zu verhelfen.

Der Dachverband wird als die Institution identifiziert, von der aus eine neue Zielformulierung für die Einführung der Mediation erarbeitet werden soll. Hier kann am Besten eine Strategie aufgebaut werden, die darauf zielt, kognitive Dissonanz in den verschiedenen Anwendungsbereichen zu erzeugen, um die Leute für die Mediation zu gewinnen, wie im theoretischen Teil formuliert (3.2.1. und 3.2.2). Damit ist jedoch nicht gemeint, dass der Dachverband für die operationelle Durchführung einer solchen Strategie allein verantwortlich sein soll.

Ausgehend vom Dachverband soll zu einer Werkstatt eingeladen werden, wo die Mediatorinnen und Mediatoren, die daran teilnehmen, ihre Bereitschaft erklären, bei der Einführung der Mediation aktiv und konkret über die nächsten drei Jahren mitzuwirken.

In spezifischen Gruppen, getrennt nach Anwendungsbereichen, soll in einem ersten Schritt eine Standortbestimmung durchgeführt werden, die das Zusammenbringen von genügend Material über Beobachtetes, Erlebtes und Denkbare bei der Einführung der Mediation in dem jeweiligen Feld ermöglicht. Nicht nur das Objektive und Sachliche soll dort Platz haben, sondern auch die Gefühle, positive wie negative. Die eigene Rolle soll dabei reflektiert werden. Es soll dann sowohl ein realistisches Ziel formuliert werden, als auch eine oder mehrere gleichwertige Alternativen dazu. Es sollen kleine Teams von zwei bis drei Personen gebildet werden, die nah genug beieinander wohnen, damit dadurch ein regionaler Einsatz erleichtert wird. Jede Person soll überlegen und sagen, wozu sie bereit ist, wo ihre Grenzen aber auch Synergien liegen.

Als Anwendungsbereiche sollen u. a.

- Schule
- Quartiere
- Familie (nicht nur Scheidung!)
- Arbeitsplatz
- Verwaltung und
- Umwelt

bestimmt werden. Der interkulturelle Aspekt soll ebenfalls in jedem Bereich als Gedanke präsent sein. Zwei weitere Gruppen sollen für die Zusammenarbeit mit Leuten aus der

- Politik und den
- Medien

gebildet werden. Dadurch soll den Überlegungen vom Schluss der Kapitel 3.2.2 und 3.2.3 Rechnung getragen werden.

In einem weiteren Schritt soll in eben diesen Teams der Kontakt zum „Anderen“ aufgebaut werden. Die Vorgehensweisen sollen in einem Plan terminlich festgehalten werden. Schlüsselpersonen in den jeweiligen Feldern sollen angesprochen werden. Ihre Fragen, Vorbehalte, Bedenken sollen auf den Tisch kommen. Mediatorinnen und Mediatoren sollen ernsthaft interessiert danach fragen. Sie sollen in die Planung der weiteren Schritte zur Einführung der Mediation einbezogen werden. Zwei Hauptziele sollen verfolgt werden:

- In den jeweiligen Anwendungsbereichen sollen Workshops und / oder Informationsveranstaltungen über Mediation (keine Ausbildung) angeboten werden.
- Die Akteure in diesen Feldern sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Konflikte mit Hilfe der Mediation anzugehen.⁷²

Fortlaufend sollen Schlüsselpersonen weitere Vorbehalte äussern können, um blinde Flecken, die zum Widerstand bei der Einführung der Mediation führen könnten, möglichst breit aufdecken zu können. Sie sind die Personen, welche

⁷² Puentes, Salvador und Monné, Marie, *Los servicios de mediación comunitaria, Propuesta de actuación*, Diputació Barcelona, Barcelona 2003, Das Buch ist auch in Französisch und Englisch erhältlich. www.diba.es/innovacio/psd.asp

die Ressourcen vor Ort am besten kennen. Zusammen mit den Mediatorinnen und Mediatoren sollen sie die Rahmenbedingungen aus- oder aufbauen und die Vorgehensweisen mitbestimmen, wie Mediation in ihrem Bereich vorgestellt und implementiert wird.

Institutionen und Organisationen, die sich für die Einführung der Mediation in „ihrem Haus“ bereit erklären, sollen vom Dachverband ein Siegel erhalten. Diese Auszeichnung soll von Politikerinnen und Politikern in deren Bedeutung öffentlich aufgewertet werden. Schliesslich handelt es sich um den Erwerb sozialrelevanter Kompetenzen, die für die Entwicklung und den Aufbau ziviler Verantwortung nützlich sind. Vertreter der Politik sollen dafür gewonnen werden, den Einführungsprozess zu begleiten und öffentlich dazu Stellung zu nehmen. Auch die Medien sollen in diesem Prozess gezielt involviert werden. Verschiedene Plattformen (Fernsehsendungen, Zeitschriften, Radio, usw.) sollen dabei benutzt werden, die den Bürgerinnen und Bürgern nahe stehen. Einfache, aber fachlich fundierte Artikel sollen Mediation enttabuisieren, verständlich machen. Die Mitwirkung von Mediatorinnen und Mediatoren ist dabei unabdingbar.

Durch den Dachverband soll eine Fachgruppe gebildet werden, die den Prozess begleitet und supervisiert. „Lessonslearn“ Erfahrungen, die während den verschiedenen Schritten gemacht werden, sollen regelmässig und feldspezifisch in einem im Voraus angelegten Plan besprochen und angegangen werden. Diese Information soll den Mediatorinnen und Mediatoren aus den anderen Anwendungsbereichen unbürokratisch über eine Plattform auf dem Web zugänglich gemacht werden. Nach eineinhalb Jahren sollen in einer Tagung die Fortschritte und die Schwierigkeiten sichtbar gemacht werden und eine Zwischenbilanz gezogen werden. Eventuell nötige Kurskorrekturen und Anpassungen sollen dann vorgenommen werden. Mediatorinnen und Mediatoren sollen durch diese Tagung in ihrem Vorhaben gestärkt werden. Nach Abschluss der drei Jahre soll in einer weiteren Tagung eine Evaluation des Einführungsprozesses durchgeführt werden. Die Resultate sollen zuhanden des Dachverbands schriftlich festgehalten werden. Diese Information soll im Web oder als Publikation allen Mediatoren und Mediatorinnen in der Schweiz

zugänglich gemacht werden.

5.4.2 Weitere Erkenntnisse

Es muss hier weiter festgehalten werden, dass die gewonnenen Erkenntnisse während der Bearbeitung des theoretischen Teils und während der Durchführung der Interviews niemals erschöpfend durch die formulierte Fragestellung und im Rahmen dieser Arbeit sichtbar gemacht werden können. Vor allem die Aussagen der Interviewpersonen ergeben weit mehr aufschlussreiche Erkenntnisse als diejenigen, die dem Leser zugänglich gemacht werden konnten. Deswegen sind sie in ihrem vollen Umfang im Anhang zu finden.

5.5 Zusatzantwort auf eine Zusatzfrage: Welche Chance könnte der Widerstand bei der Einführung der Mediation in sich bergen?

5.5.1 Gegenüberstellung verschiedener Ansichten

Am Anfang dieser Arbeit wurde bei der Formulierung der Fragen auf die Vermutung der Autorin hingewiesen, dass sich selbst im Widerstand gegen die Einführung der Mediation hierzulande eine Chance bergen könnte. Diese Fragestellung war mehr philosophischer Art und wurde deswegen zugunsten einer überprüfbaren Frage auf die Seite gelegt. Nichtsdestotrotz war sie fortwährend präsent und die Entscheidung wurde bis zum Schluss offen gehalten, sie wieder aufzunehmen. Es war im Gespräch mit der letzten Interviewperson, Herrn Ständerat Franz Wicki, dass diese Frage wieder aktuell wurde. Durch seine Äusserungen als Präsident der Ständeratskommission in einem Zeitungsartikel war er als eigentlicher „Gegner“ der Einführung der Mediation in der Schweiz identifiziert worden. Aus diesem Grunde wurde auch besonderer Wert darauf gelegt, ein Interview mit ihm durchführen zu können. Die Anliegen, die ihn zu einer solchen Haltung bewegten, sollten möglichst differenziert dargelegt werden. Das Gespräch mit ihm zeigte schliesslich, dass in dem hier vorhandenen Widerstand tatsächlich eine Chance verborgen liegt. Es ist nicht die Frage nach dem Warum oder Wieso, sondern nach dem Wozu⁷³.

⁷³ Watzlawick, P., Beavin, J., Jackson, D. *Menschliche Kommunikation*, Hans Huber Verlag, Bern 2003, S. 47

Wozu dient der Widerstand?

Die Auseinandersetzung mit gleichgesinnten Leuten fällt einem leichter, wenngleich dies nicht heissen muss, dass Konflikte und Meinungsverschiedenheiten hier nichts zu suchen hätten. Anders jedoch verhält es sich mit Leuten, von denen eine Haltung vermutet wird bzw. bekannt ist, die diagonal verschieden zu der eigenen ist. Es braucht Überwindung. Ein unbekanntes Terrain wird betreten. Es ist herausfordernd, es verlangt mehr als nur die Bereitschaft für einen Austausch. Es geht nicht nur darum, die eigenen Ideen fachlich korrekt und kompetent zu formulieren, sondern sie für die Ohren des Gegenübers so aufzubereiten, dass sie verstanden werden. Der gleiche Prozess darf auf dem umgekehrten Weg stattfinden: Die Stellungnahmen der Anderen / des Anderen können auf einmal in einem anderen Licht erscheinen, als vermutet.

5.5.2 Die Klärung

Im Vorfeld des vorhin erwähnten Interviews hatte die Presse Bezug auf eine Äusserung des Ständerats genommen, die in einem anderen Kontext erwähnt worden war. Zwar vertrat er im Gespräch weiterhin die Meinung, Mediation habe in der hiesigen Strafprozessordnung nichts zu suchen, in anderen Gebieten jedoch sah er den Vorteil der Mediation und der Bildung und Förderung einer mediativen Haltung durchaus ein. So bezog sich seine Äusserung „*es hat keinen Platz für amerikanische Verhältnisse*“⁷⁴ nicht auf die Mediation im Allgemeinen, sondern auf eine komplizierte Reglementierung und eine noch kompliziertere Durchführung bzw. Institutionalisierung derselben. Im amtlichen Bulletin ist der genaue Wortlaut enthalten.

5.5.3 Ethos hier und anderswo

Zwei Sachen wurden durch diesen Austausch klar: Bereits in der Zusammenfassung des empirischen Teils (Kapitel 4.4) wurde darauf hingewiesen, dass die Medien bisher eine eher verwirrende Wirkung auf die Meinungsbildung der Bevölkerung bezüglich Mediation gehabt haben, wie der vorliegende Fall beispielhaft zeigt. Beide Auszüge, der Zeitungsartikel und das

⁷⁴ Wicki, Franz, Ständerat, 05.092, *Amtliches Bulletin der Bundesversammlung*, Bern, 7. Dezember 2006

amtliche Bulletin, befinden sich im Anhang. Ausserdem war in der Zeitung keines der fachlich fundierten und ausgewogenen Gegenargumente, wie im Bulletin aufgeführt, zu lesen. Dies bestätigt die Darstellung wie von der Autorin im Kapitel 3.2.3 festgehalten. Nicht nur im Ausland und in konfliktreichen Regionen sind Überlegungen und Massnahmen für die Ausübung eines ausgewogenen Journalismus nötig.⁷⁵ Was in Drittweltländern als „westliches Gewissen“ bei Projekten in lokalen Berichterstattungsinstitutionen implementiert wird, sollte auch hier Gültigkeit behalten. Dies muss gefordert und gefördert werden. Hier gibt es Handlungsbedarf.

5.5.4 Die eigentliche Chance

Der zweite Punkt betrifft einen der Hauptgründe, warum Ständerat F. Wicki gegen die gesetzliche Verankerung von Mediation in der Strafprozessordnung ist. Der erste Hauptgrund ist der, dass - gemäss seinem juristischen Verständnis - Mediation im Falle eines Officialdeliktes nicht anwendbar ist. Der Schweizer Staat habe einen so genannten Strafverfolgungszwang. Er könne nicht auf einen Strafvollzug verzichten. Auch nicht teilweise. Nur in einem Antragsdelikt wäre dies möglich und dort bestehe schon die Möglichkeit eines Vergleichs. Es stehe den Parteien dann frei, eine Mediation zu bevorzugen. Solche Fälle seien aber eher selten. Der Aufwand und die Kosten für eine komplizierte Reglementierung und die dafür notwendige Institution stehen in keinem Verhältnis zum Bedarf. Auf die Beziehungsebene zwischen Täter und Opfer angesprochen, auf die Notwendigkeit einer menschlichen Aufarbeitung des Tathergangs hingewiesen, argumentierte Herr Wicki, dass Mediation dort durchaus wünschenswert sei, falls die Parteien dies wollen. Dafür brauche es aber keine komplizierte Reglementierung. Herr Wicki betonte immer wieder, der Staat soll nicht etwas reglementieren müssen, was methodisch gesehen aus dem freiwilligen Entscheid der Parteien geschehen muss. Dieser Teil des Diskurses machte die Autorin hellhörig. Zwar ist sie weiterhin der Meinung, dass die Anordnung einer Informationssitzung im Sinne der Recommendation N° R (99) 1 und wie sie zurzeit auch in England gehandhabt wird⁷⁶ durchaus

⁷⁵ Berwanger, Dietrich, in *Medien im Konflikt – Mittäter oder Mediatoren?*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachstelle Eine Welt Medien, Gemeinschaft Evangelische Publizistik und der Deutschen UNESCO-Kommission, Bonn 2000, S. 109 - 114

⁷⁶ Parkinson, Lisa, *Familienmediation in Grossbritannien*, in http://www.era.int/web/de/resources/5_2341_1526_file_de.1957.pdf

anzustreben wäre, Mediation als solche braucht aber tatsächlich keine komplizierte, schwerfällige und am allerwenigsten eine einengende Reglementierung. Mónica Vazquez, Anwältin und Mediatorin in Argentinien, beschreibt in ihrer Artikel „La Mediación como Proceso de Cambio“⁷⁷ wie die gesetzliche Verankerung der Mediation in ihrem Land zu einem Monopol juristischer Personen bei der Implementierung führte. Dies hatte zur Folge, dass Mediation nicht nur angeordnet wurde, sondern dass die eigentlichen Mediationen zu einer Art Mini-Prozessen reduziert wurden. Auf das Erreichen einer Vereinbarung fixiert, wurde fast ausschliesslich die Harvard Methode eingeführt. Dies verunmöglichte wiederum das Implementieren anderer methodischer Ausrichtungen. Eine Veränderung auf Haltungsebene, die unter anderem den Zugang zu wachsender sozialer Gerechtigkeit ermöglicht hätte, blieb dadurch völlig aus. Eine holistische Auswirkung des Prozesses auf die Akteure selber, ebenfalls. Vazquez weist auf die Gefahr hin, dass eine allzu juristisch formulierte Reglementierung das eigentliche Wesen dessen gefährden kann, was sie zu schützen beabsichtigt.

Es ist schwierig über die genaue Auswirkung einer Reglementierung zu spekulieren, die praktisch abgelehnt worden ist. In anderen Ländern Europas hat sie der Mediation zu breiter Akzeptanz verholfen. Die momentane Situation in der Schweiz kann aber aus dieser Sicht als eine Auszeit genützt werden, wo ein interdisziplinärer Dialog zwischen den Mediatorinnen und Mediatoren vermehrt gesucht wird, um genau zu definieren, wie viel und welche gesetzlichen Rahmenbedingungen nötig sind, um Mediation in unserer Gesellschaft möglich zu machen, jedoch nicht, um sie in ihrem Wesen zu verstümmeln.⁷⁸

Das Hinführen zu diesen beiden Überlegungen durch die Begegnung mit einer anders denkenden Person war in jeder Hinsicht eine Bereicherung. Es wird nicht die Illusion gehegt, dass nach einem einzelnen Gespräch nachhaltige Veränderung stattfinden kann. Aber mit dem Ziel der Einführung der Mediation

⁷⁷ Vazquez Larsson, Mónica Marta, in *Médiation en Europe: Echanges sur les pratiques / Master Européen en Médiation*, IUKB, Sion, 2002, S. 243 - 261

⁷⁸ Duss-von Werdt, Joseph, *Homo Mediator*, Klett-Cotta, Stuttgart 2005, S. 145 - 146

können Leute einander begegnen, die sonst nicht viel miteinander verbindet, die womöglich ganz andere Perspektiven von alltagsrelevanten Dingen haben. Dadurch wird kontinuierlich ein Dialog aufgebaut werden müssen/können, der Leute zu neuen Schlüssen und zu neuen Erkenntnissen kommen lassen wird. Die Reflexion des Selbst und der eigenen Rolle im Geschehen erscheint dabei unausweichlich. Das ist die Chance, die im Widerstand bei der Einführung der Mediation verborgen liegt. Es ist an uns Mediatorinnen und Mediatoren, diese Chance zu nutzen.

Münsingen, 20. April 2007

6 Bibliographie

- AERSTEN, Ivo, Mackay, Robert, Pelikan, Christa, Willemsens, Jolien, Wright, Martin, *Rebuilding community connections – mediation and restorative justice in Europe*, Council of Europe Publishing, Loeven, 2004
- BACHMEIR, S., Faber, J. und Hennig, C., „Beraten will gelernt sein“ Belz, Basel, 1982
- BARUCH Bush, R.A. and Folger, J.P., *The Promise of Mediation: Responding to Conflict Through Empowerment and Recognition*, Wiley & Son, USA, 2004
- BERNE, Eric, *Standard nomenclature, Transactional Nomenclature*, in Transactional Analysis Bulletin, vol 8, n° 32 Oktober 1969, S 112, in James, M., und Jongeward, D., *Nacidos para triunfar, Análisis Transaccional*, Fondo Educativo Interamericano S. A., USA, 1975
- BERWANGER, Dietrich, *Medienförderung in der Dritten Welt*, in *Medien im Konflikt – Mittäter oder Mediatoren?*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachstelle Eine Welt Medien, Gemeinschaft Evangelische Publizistik und der Deutschen UNESCO-Kommission, Bonn, 2000
- BESEMER, Christoph, *Mediation, Vermittlung in Konflikten*, Stiftung Gewaltfreies Leben, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden, 2003
- BREHM, J. W., *A theory of psychological reactance*, Academic Press, New York, 1966, und Brehm, J. W. & Weintraub, M. *Physical barriers and psychological reactance: 2-years-old response to threats to freedom*, Journal of Personality and Social Psychology, 35, 1977
- BUNDESAMT für Statistik, *Pressemitteilung, 13 Soziale Sicherheit*, Neuchâtel, März 2001
- BUNDESKANZLEI *Die neue Bundesverfassung*, Art. 2 BV und Art. 41 BV, insbesondere c., d., e., f. und g.
- DUDEN: *Das neue Duden, Lexikon*, Dudenverlag, Mannheim, 1989
- DUSS-von Werdt, Joseph, *Homo Mediator*, Klett-Cotta, Stuttgart 2005
- FESTINGER, Leon, *Theorie der kognitiven Dissonanz*, Huber Verlag, Bern 1978
- FISHER, R. und Ury, W., *Getting to Yes*, (1987), in Lisa Parkinson, *Family Mediation*, Sweet & Maxwell, United Kingdom (1997)

FLÜELER, Niklaus, u.a. *Die Schweiz, vom Bau der Alpen bis zur Frage nach der Zukunft*, Ex-Libris Verlag AG, Dietikon, 1975

GALLI-WIDMER, Marianne, *Interdisziplinarität: Eine Chance in der Verbandorganisation Schweiz*, in *Perspektive mediation*, Verlag Österreich GmbH, Wien, 2007/1

GALTUNG, Johan, *low road – high road*, in Track Two, Vierteljahresschrift des Centre for conflict resolution and the media peace centre, c/o UCT, Südafrika, 1998, in Zint, Martin, *Zur Rolle von Medien in Konflikten*, in *Medienförderung in der Dritten Welt*, in . *Medien im Konflikt – Mittäter oder Mediatoren?* Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachstelle Eine Welt Medien, Gemeinschaft Evangelische Publizistik und der Deutschen UNESCO-Kommission, Bonn, 2000

HOFSTETTER, Yvonne, Professorin der KPZ, in Mail von 2. Februar 2007

<http://www.espace.ch>

<http://www.espace.ch>, *Gegen „amerikanische Verhältnisse – Strafprozesse*, Bern, Zeitungsartikel, Der Bund, 08.12.2006

<http://www.fachhochschulen.net>

<http://www.infomediation.ch>

<http://www.mediation-svm.ch>

<http://www.swisspolitics.org>

<http://www.zuonline.ch/archiv/treffer.cfm>

HUSI, Jean-Pierre, Mitglieder der Stiftungsrat der Fondation Hirondelle, *Zur Rolle der Medien im Konflikt* in <http://www.hirondelle.org>

KLEIN, Irene, *Gruppenleiten ohne Angst*, Pfeiffer, München, 1995

LEFRANCOIS, G.R., *Psychologie des Lernens*, Springer, Heidelberg, 2006

LEWIN, Kurt, *Resolving social conflicts – selected papers on group dynamics*, Harper, New York, 1948, in Wellhöfer, 1988

MASLOW, A.H., *Motivation and personality* Harper & Row, New York, 1970, in Lefrançois, G.R., *Psychologie des Lernens*, Springer, Heidelberg, 2006

McGOLDRICK, A., Zint, M., *Siebert, H. u. a. m. Medien im Konflikt – Mittäter oder Mediatoren?*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachstelle Eine Welt Medien, Gemeinschaft Evangelische Publizistik und der Deutschen UNESCO-Kommission, Bonn, 2000

MIKICH, Sonja, *Über Diskussion post festum* in *Medien im Konflikt – Mittäter oder Mediatoren?* Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachstelle Eine Welt Medien,

Gemeinschaft Evangelische Publizistik und der Deutschen UNESCO-Kommission, Bonn, 2000

PARKINSON, Lisa, *Familienmediation in Grossbritannien*, in http://www.era.int/web/de/resources/5_2341_1526_file_de.1957.pdf

PARKINSON, Lisa, *Mediación Familiar*, Gedisa Editorial, Barcelona, 2005

PIAGET, Jean, *El criterio moral en el niño*, Fontanella, Barcelona, 1971, in Enesco, Ileana und Del Olmo, Concepción, *El trabajo en quipo en primaria, aprendiendo con iguales*, Alhambra Longman, Madrid, 1992

PUNTES, Salvador und Monné, Marie, *Los servicios de mediación comunitaria, Propuesta de actuación*, Diputació Barcelona, Barcelona, 2003

QUATTROCOLO, Alberto, *Relazione sui Servizi d'Ascolto del Cittadino e di Mediazione di Conflitti di Torino*, Me.Dia.Re., Torino, 2006

SÁNCHEZ Durán, Ana Ma., in Parkinson, Lisa, *Mediación Familiar*, Gedisa Editorial, Barcelona, 2005, S. 311

SCHULTZ von Thun, F., *Miteinander reden, Störungen und Erklärungen*, Rowohlt, Hamburg, 1981

SIEBERT, Hannes, *Debunking the „Big O“* und Mikich, Sonja, *Über die Diskussion post festum in . Medien im Konflikt – Mittäter oder Mediatoren?* Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachstelle Eine Welt Medien, Gemeinschaft Evangelische Publizistik und der Deutschen UNESCO-Kommission, Bonn, 2000

STROEBE, Wolfgang, Hewstone, Miles, Codol, Jean-Paul, *Sozialpsychologie*, Springer, Berlin, 1992

URY, W., *Getting Past No, Negotiating Your Way from Confrontation to Cooperation*, Bantam Books, New York, 1993

VAZQUEZ Larsson, Mónica Marta, in *Médiation en Europe: Echanges sur les pratiques / Master Européen en Médiation*, IUKB, Sion, 2002

WATZLAWICK, P., Beavin, J., Jackson, D. *Menschliche Kommunikation*, Hans Huber Verlag, Bern 2003

WELLHÖFER, Peter R., *Grundstudium Sozialpsychologie für Sozialberufe, Psychologen u. Soziologen*, Enke, Stuttgart, 1988

WICKI, Franz, Ständerat, in *05.092, Amtliches Bulletin der Bundesversammlung*, Bern, 7. Dezember 2006

WOLFFERS, Felix, *Grundriss des Sozialhilferechts*, Haupt, Bern, 1993

ZINT, Martin, *Zur Rolle von Medien in Konflikten*, in *Medien im Konflikt –*

Mittäter oder Mediatoren?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachstelle Eine Welt Medien, Gemeinschaft Evangelische Publizistik und der Deutschen UNESCO-Kommission, Bonn, 2000

7 Anhang

Anhang 1: Zeitungsartikel, Der Bund, 08.12.2006
Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Bern, 07.12.2006

Anhang 2: Vorlage Interviewformulare

Anhang 3: Interviews im Makrobereich Politik

Anhang 4: Interviews im Mesobereich Organisationen

Anhang 5: Interviews im Mikrobereich Dienststelle für Mediation